



40 Jahre '68

Erfahrungen und Lernprozesse

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**Dezember
2008**

Was hat '68 mit der GEW Bayern zu tun? recherchiert von Karin Just	S. 3
»Waren Sie in irgendeiner Form organisiert?« Gedächtnisprotokoll einer Anhörung zur Gesinnungsprüfung von Harald Demetz	S. 4
Meine 60er Jahre oder: Eine Mädchenschule im Umbruch von Hannes Henjes	S. 7
Von Emanzipation bis Empowerment Lernprozesse am Beispiel der Psychiatriereform von Prof. Dr. Heiner Keupp	S. 10
Selbsthilfe – von der Protestbewegung bis zur vierten Säule im Gesundheitswesen von Theresa Keidel	S. 14
1968 – Frauen bewegen sich von Ute Kätzler	S. 15
Politisches Engagement bei Studierenden heute Studienbedingungen verhindern zunehmend ehrenamtliche Aktivitäten Interview mit Sarah Al-Heli	S. 17
Studierende in die Gewerkschaft holen Kampagnen der Mitgliederwerbung an Hochschulen von Sarah Al-Heli	S. 18
PISA E: Bayern hat gewonnen, Bayern hat verloren, Bayern hat gewonnen, Bayern hat verloren ... von Gele Neubäcker	S. 20
»Selbstbewusst und solidarisch durchs Arbeitsleben« Fachtag der GEW Bayern für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst	S. 22
»Wer nicht kämpft, hat schon verloren« Auch die Lebenshilfe Kronach fordert eine Tarifbindung von Günther Schedel-Gschwendther	S. 23
Auftakt zur Tarif- und Besoldungsrunde TV-L '09 von Ilona Deckwerth	S. 24
Jammern auf hohem Niveau? Ein Kommentar zur wissenschaftlichen Karriere und zu den Arbeitsplatzproblemen einer »Lehrkraft für besondere Aufgaben« von Dr. Magnus Treiber	S. 26
Fachgruppe Realschulen in München neu gegründet von Heidi und Alexander Lungmus	S. 28
Dies und Das	S. 29
Veranstaltungen	S. 30
Glückwünsche und Dank	S. 30
Kontakte	S. 32

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig!

Beitragsquittung 2008

Die Februar-Ausgabe 2009 von »Erziehung und Wissenschaft« wird wieder als Beilage die Beitragsquittung für das Jahr 2008 enthalten.

Wir bitten deshalb um Aufmerksamkeit.

Diese Beitragsquittung enthält naturgemäß persönliche Daten und muss dementsprechend vor fremden Blicken geschützt werden. Sie wird deswegen wieder durch Perforation bzw. Verklebung wie ein Brief verschlossen.

Wer trotzdem Datenschutzbedenken hat und deswegen die Quittung nicht auf diesem Wege zugeschickt bekommen will, möge dies bitte bis spätestens 15. Dezember 2008 in der GEW-Landesgeschäftsstelle melden:

GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München

Fax: 0 89/5 38 94 87; E-Mail: gn@bayern.gew.de

Sie bzw. er wird dann vom Versand der Beitragsquittung ausgenommen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auch in diesem Jahr verabschiedet sich die DDS-Redaktion wieder bis zum Februar des nächsten Jahres. Wir machen eine kleine Pause. Denn im Januar erscheint, wie üblich, keine DDS.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen geruhsame Feiertage und einen guten Beginn des Jahres 2009.

Die Redaktion

Folgende Themen sind in Planung bzw. in unserem Themenspeicher – Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Frauen/Gender • Lebenszeit/Arbeitszeit/Altersteilzeit/Freizeit – Arbeitszeitmodelle • Auswirkungen der Finanzkrise • Sonderpädagogik/Arbeit mit Behinderten • Sinkende SchülerInnenzahlen – Welche Utopien haben wir? • Jahrgangsübergreifendes Lernen und jahrgangsübergreifende Klassen • Rechtsextremismus • SchülerInnen und Mitbestimmung • Recht auf Bildung als Menschenrecht • Bürgerschaftliches Engagement.

Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:

Montag und Donnerstag von 13.00 - 16.00 Uhr

Tel.: 0 89-54 37 99 59

Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-538 94 87 e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Wieland Sternagel

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats

Was hat '68 mit der GEW Bayern zu tun?

Wir als DDS-Redaktion haben lange überlegt, ob ein Schwerpunktthema zum 40. Jahrestag der '68er-Bewegung angemessen ist. Nicht nur die Sichtung des DDS-Archives aus dieser Zeit rechtfertigt die Entscheidung dafür, denn dort kann man nachlesen, wie 1968 und die folgenden Jahre auch die GEW Bayern bewegt und verändert haben.¹

Kennzeichnend für die Veränderung mag Folgendes sein: Während in der Ausgabe vom September 1968 z. B. drei der elf Mitglieder des damals amtierenden Geschäftsführenden Landesvorstandes als Schulräte vorgestellt wurden und drei weitere Rektor bzw. Realschuldirektor als Funktion angaben, die Mehrheit in diesem Gremium sich also in durchaus wohletablierter Position befand, hatten die ProtagonistInnen der Veränderung eher die Auswirkungen des sogenannten Radikalenerlasses zu befürchten.

Der nebenstehende Auszug aus der DDS vom März 1983 belegt, in welcher Größenordnung sich Mitglieder der GEW Bayern vor den gesinnungsprüfenden Kommissionen bei den Bezirksregierungen zu rechtfertigen hatten.

Den oben erwähnten Landesvorstand von 1968 dürfte das nicht weiter erstaunt haben. Waren seine Mitglieder doch ohnehin der Überzeugung, dass »Linksradikale und Kommunistenspezln« aus den Hochschulen mittels »planmäßiger, kaltblütiger Obstruktion« unter »dem Deckmantel der Demokratisierung der Schule« zur Eroberung der bayerischen GEW angetreten waren, um aus ihr »einen linksradikalen Kampfverband, eine Art Volksfrontgewerkschaft, zu formieren.«²

GEW Bayern – eine Chronologie

Der damalige GEW-Bundesvorsitzende Erich Frister hat in der DDS 5/6-1973 folgenden chronologischen Abriss der Geschehnisse seit 1949 veröffentlicht:

1949 Die nach dem 2. Weltkrieg wieder gegründeten regionalen Lehrervereine schließen sich (*bundesweit, d. Red.*) zur GEW zusammen. Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), da er nicht für die Abschaffung der Konfessionsschule eintritt und eine gewerkschaftliche Organisation von Lehrern ablehnt, schließt sich nicht an.

Gleichzeitig bildet die GEW eine Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL) mit dem BLLV.

Einige Kollegen – besonders in Mittel- und Oberfranken – gründen dennoch eine bayerische GEW. In der Regel sind sie auch Mitglied im BLLV, mitunter dort sogar führende Funktionäre.

In der GEW besteht die Hoffnung, eines Tages den BLLV (heute etwa 30.000 Mitglieder; *diese Zahl gibt den Stand Juni 1973 wieder; d. Red.*) doch noch in die GEW aufnehmen zu können.

1966 Die Vertreterversammlung der GEW (Gewerkschaftstag) beauftragt den Vorstand, mit dem BLLV neue Richtlinien über die AGDL zu vereinbaren, die einen Zeitpunkt für den Eintritt des BLLV in die GEW festlegen.

1968 Die Vertreterversammlung der GEW billigt den ausgehandelten Entwurf neuer Richtlinien, die eine Überführung des BLLV nach einem mehrjährigen Stufenplan in die GEW vorsehen.

1969 Die Vertreterversammlung des BLLV lehnt die neuen Richtlinien ab. Der BLLV ist aus grundsätzlichen und finanziellen Erwägungen nicht bereit, sich einer DGB-Gewerkschaft anzuschließen. Er macht mehrfach den Vorschlag, GEW und BLLV sollten sich zu einer ständischen Organisation wie der GdP zusammenschließen.

Damit ist die AGDL aufgelöst. Die GEW steht sowohl vor der Aufgabe, auf Bundesebene Eigenleben und Profil zu entwickeln – bisher handelte als Bundesorganisation nur die AGDL – als auch die bayerische GEW aus ihrem Kümmerdasein herauszuholen. Die GEW Bayern hat damals 1300 Mitglieder, darunter Oberbayern 450, die GEW insgesamt 100.000.

1970 Für den Aufbau der GEW in Bayern sind personelle Veränderungen erforderlich. Eine a. o. (*soll heißen: außerordentliche, d. Red.*) Vertreterversammlung wählt einmütig den Kollegen Kurt Gemählich zum Vorsitzenden der GEW Bayern.

1971 Durch die zunehmende Attraktivität der GEW im Hochschulbereich kommt es (wegen der Universität München) zu einer überproportionalen Zunahme der Mitgliederzahl und auch der gewerkschaftlichen Aktivität im Bezirksverband Oberbayern. Die herkömmliche Mitgliederstruktur der GEW Bayern – Schwerpunkt und Vorherrschaft Franken – wird dadurch verändert. Oberbayern wird – auch ohne studentische Mitglieder – stärkster Bezirksverband. Gleichzeitig greifen die Flügelkämpfe der bayerischen SPD auf die GEW über. Die »fränkische« Vorstandsmehrheit versucht durch »waghalsige« Satzungsinterpretation, Mitgliedsrechte der Studenten zu beschränken. Der Bezirksverband Oberbayern fordert eine a. o. Vertreterversammlung.

1972 Der Bezirksverband Schwaben schließt sich dem Begehren des Bezirksverbandes Oberbayern an. Die »fränkische« Vorstandsmehrheit lehnt mit einer m. E. nicht vertretbaren Interpretation der Satzung der GEW ab. Die Schiedskommission (5 Mitglieder) tagt mit 3 Mitgliedern, das oberbayerische Mitglied war nicht eingeladen worden, und beschließt mit zwei

Statistik der GEW-Rechtsschutzstelle

Insgesamt sind von den 215 Verfahren, die die GEW-Rechtsschutzstelle in 11 Jahren Radikalenerlaß durchgeführt hat, nur 25 (= 12 %) negativ entschieden worden, 184 (= 85 %) der vom Radikalenerlaß Betroffenen mußten, zum Teil nach erbittertem Widerstand der Behörden, eingestellt werden, 6 Verfahren (= 3 %) wurden ohne rechtskräftiges Urteil abgeschlossen (z. B. wegen Wegzugs aus Bayern, Rückzug der Klage aus persönlichen Gründen etc.).

¹ Wir verstehen unseren Schwerpunkt auch als kleine Anerkennung gegenüber den ProtagonistInnen dieser Veränderung. Denen hat die GEW Bayern zu verdanken, dass sie sich von einem konformen Standesverband zur Gewerkschaft entwickeln konnte. Wir danken jenen, die auch heute nach 40 Jahren noch ihrer GEW treu geblieben sind und auch noch in ihr aktiv sind. Für jene, die, wie wir selbst, erst später zur GEW stießen, kann der folgende historische Abriss vielleicht Aufklärung über eine unbekannte Geschichte der GEW sein. Wer sich darüber hinaus dafür interessiert, ist eingeladen, im Archiv der DDS zu stöbern. Dort finden sich – fast lückenlos – die DDS-Ausgaben von über 50 Jahren. Übrigens: Jenen, denen auffällt und die auch stört, dass hier immer nur von Lehrern – bestenfalls auch Lehrerinnen – die Rede ist, sei berichtet, dass die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe erstmals nach der Wahl des neuen Landesvorstandes 1973 in der DDS in Erscheinung tritt. Vorher scheint es sie nicht gegeben zu haben.

² Alle Zitate aus der DDS vom März/April 1973

Stimmen, dass die Satzungsinterpretation der Vorstandsmehrheit zutreffend sei. In der weiteren Auseinandersetzung, deren politische Motive unverändert bleiben, spitzt sich die persönliche Auseinandersetzung um die Positionen in der GEW Bayern immer mehr zu. Die sich durch die Veränderung der Mitgliederstruktur bedroht fühlende Vorstandsmehrheit greift zu dem nach bayerischem GEW-Recht möglichen Mittel der Suspendierung opponierender Vorstandsmitglieder durch Mehrheitsbeschluss des Vorstands und popularisiert ihre Maßnahmen innerhalb und außerhalb der GEW durch Bezeichnung der Suspendierten und ihrer Anhänger als Linksradikale und Kommunistenfreunde.

Als im Mai neue Suspendierungsmaßnahmen gegen erfolgreiche und aktive Mitarbeiter der GEW in Oberbayern geplant waren, bat Kollege Reuter – Generalsekretär der GEW – und ich um eine Unterredung mit dem bayerischen Landesvorstand. Diese Unterredung wurde von der Vorstandsmehrheit abgelehnt. Ein Vergleichsvorschlag, den die drei Vorsitzenden der Bundes-GEW, der Schatzmeister und der Generalsekretär gemeinsam mit Vertretern des bayerischen Vorstandes und der opponierenden

Bezirksverbände ausarbeiteten, wurde dann doch wieder von der bayerischen Vorstandsmehrheit abgelehnt.

Der Landesvorstand führt – obwohl alle Bezirksverbände Beiträge abgeführt haben – weniger als die Hälfte seiner Beitragsschuld an die Bundes-GEW ab.

1973 Die »fränkische« Vorstandsmehrheit – allerdings ohne Oberfranken – tritt ohne irgendeine Fühlungnahme mit dem Bundesvorstand der GEW zurück. Der Bundesvorstand erfährt davon aus der Presse. Ein weitgestreutes Rundschreiben der Zurückgetretenen, das die GEW Bayern als kommunistisch unterwandert darstellt, wird verschickt. Zur Bekanntgabe des Rücktritts gegenüber der Öffentlichkeit werden wenige ausgewählte Organe, unter ihnen das ZDF-Magazin, eingeladen.

Die im Amt verbliebenen Vorstandsmitglieder beschließen nach Klärung der Rechtslage, zum 7. April 1973 eine Landesvorstandssitzung nach München einzuberufen. Eine a. o. Vertreterversammlung im Juli 1973 soll die fälligen nachwahlen vornehmen ...
Erich Frister

Unseren Beitrag zu '68 wollten wir bewusst nicht als nostalgische Rückschau gestalten. Da die DDS aufgrund ihres Umfangs und ihres Charakters zu einer umfassenden Darstellung der Hintergründe einer ganzen Epoche nicht in der Lage ist, bieten wir hier einige »Splitter« an – zur Erinnerung und Reflexion.

Bewusst nostalgisch haben wir allerdings die Bebilderung gehalten – hier bietet unser Archiv einen großen Fundus. Leider lassen sich die Foto-Daten von uns nicht mehr rekonstruieren. Auch die Namen der abgebildeten KollegInnen sind uns nur teilweise bekannt, ebenso die der Fotografen.

Wir wünschen allen Abgebildeten und Beteiligten ein fröhliches Wiedererkennen und ein angenehmes Erinnern. K.J.



»Waren Sie in irgendeiner Form organisiert?«

Gedächtnisprotokoll einer Anhörung zur Gesinnungsprüfung

1976 bewarb sich GEW-Kollege Harald Demetz um eine Stelle im bayerischen Schuldienst. Die Auszüge aus einem damals von ihm angefertigten Gedächtnisprotokoll über eine dreieinhalbstündige Anhörung bei der Regierung von Schwaben sollen einen Eindruck davon vermitteln, welchen Befragungsmethoden Kolleginnen und Kollegen damals im Zusammenhang mit dem »Radikalenerlass« ausgesetzt waren. Einige von ihnen wurden anschließend mit einem Berufsverbot belegt. Harald Demetz musste drei Monate auf den Einstellungsbescheid warten, was auch für ihn zumindest kurzfristig zu erheblichen finanziellen Einbußen führte. Heute arbeitet er an einer Schule für körperbehinderte Kinder in Coburg. Von 1980 bis 2000 war er dort Vorsitzender des GEW-Kreisverbandes.

Das Gespräch begann mit einem Hinweis, dass ich als Bewerber zur aktiven Mithilfe bei der Klärung der anstehenden Fragen verpflichtet sei. Nach der Verlesung des Lebenslaufes wies man darauf hin, dass hier politische Dinge zur Debatte stünden, und fragte mich, wann ich begonnen hätte, mich für politische Probleme zu interessieren.

Ich antwortete, dass dies mit etwa 17 Jahren geschehen

sei, und ich verwies darauf, dass damals eine größere studentische und Schüleröffentlichkeit begann, sich mit dem Vietnamkrieg, den Notstandsgesetzen und schulinternen Problemen auseinanderzusetzen.

Ich erwähnte auch mein pazifistisches Engagement.

»Waren Sie damals in irgendeiner Form organisiert?«

Ich gab an, dass es Zusammenkünfte mit ebenfalls Interessierten gegeben gabe.

»In welcher Form sind diese Treffen abgelaufen?«

Wir hätten uns zwanglos innerhalb und außerhalb der Schule getroffen, an der Schule politische Arbeitskreise veranstaltet und die Arbeit an der Schülerzeitung übernommen, sagte ich.

Man war wohl aber eher an den außerschulischen Treffen interessiert. »Was waren das für Treffen? In welcher Form wirkten Sie da mit? Wer wirkte da noch mit?«

Ich verwies zunächst darauf, dass ich dies nun alles nicht mehr so genau wüsste, denn das sei doch schon acht bis neun Jahre her. Dann erklärte ich, dass Redakteure der Erlanger

Schülerzeitungen und politische Arbeitskreise zusammengekommen seien, um gemeinsam zu diskutieren und zusammenzuarbeiten.

»Waren da Studenten dabei?«

Ich sagte: »Das weiß ich nicht mehr; das kann schon gewesen sein.« Ich verwies außerdem darauf, dass einige von uns Schülern mal an einem interdisziplinären Seminar »Sozialisation und Sprache« mitgearbeitet und wir sicher auch mal mit Studenten zusammengessen hätten.

Mehrmals wurde ich nach Kontakten zu Studenten gefragt.

Sicher habe ich mal mit Studenten gesprochen, auch mal einen Studenten in einer Kneipe oder in einem Bücherladen getroffen, das sei wohl auch schlecht zu vermeiden gewesen, erwiderte ich.

Man legte mir nun einen Auszug eines Flugblattes des Erlanger USSB (Unabhängiger Sozialistischer Schülerbund) vor und fragte, ob ich Mitglied gewesen sei.

Ich antwortete, dass ich wohl an Treffen teilgenommen hätte, bei denen auch Mitglieder dieses USSB anwesend waren. Ich hätte aber in meiner Eigenschaft als damaliger Schulsprecher, Schülerzeitungsredakteur und Mitinitiator eines schulinternen politischen Arbeitskreises, an dem auch Lehrer unserer Schule gestaltend mitgewirkt hätten, teilgenommen, wäre aber nie festes Mitglied gewesen und könnte mich beim besten Willen nicht mehr an Einzelheiten erinnern.

Man las mir nun einige Punkte aus einem Flugblatt vor und verwies auf die presserechtliche Unterzeichnung USSB/SDS. Ich kannte dieses Flugblatt nicht und konnte deshalb keine Stellung dazu nehmen.

Man erwähnte nun ein Flugblatt, das von mir unterzeichnet sei und in dem die Erlanger Oberschulen zu einem Vietnam-Teach-in aufgerufen würden.

Ich konnte mich daran nicht erinnern und bat darum, mir das Flugblatt zu zeigen, denn dann fiel es mir leichter, etwas dazu zu sagen.

Die Gegenseite antwortete, es sei nicht vorhanden, man besäße »nur eine solche Information«.

»Sind Sie Mitglied der Internationale der Kriegsdienstverweigerer gewesen?«

Ich wurde aufgefordert, über meinen weiteren Werdegang nach der Schule zu berichten. – Ich leistete nach dem Abitur meinen Zivildienst als anerkannter Kriegsdienstverweigerer in Erlangen, studierte daraufhin an der Uni Pädagogik und Soziologie und wechselte nach zwei Semestern an die Pädagogische Hochschule in Nürnberg und legte dort im Juli 1975 mein 1. Examen ab.

Ich wurde gefragt, ob ich mich während meiner Zivildienstzeit politisch betätigt habe.

Ich verneinte, die Arbeit sei sehr anstrengend gewesen, ich hätte mich zwar ab und zu mit anderen Zivildienstleistenden getroffen und wäre gerne bereit gewesen, andere Kriegsdienstverweigerer zu beraten. Die Frage, ob ich der Internationalen der Kriegsdienstverweigerer angehört hätte, verneinte ich.

Sehr genau fragte man nach, warum ich Pädagogik und Soziologie in Erlangen (an der damals als »fortschrittlich« geltenden Philosophischen Fakultät) studiert und ich dieses Studium nach zwei Semestern zugunsten eines Lehramtsstudiums abgebrochen hätte.

Basisgruppe Pädagogik

Das Gespräch wurde dann auf meine Mitgliedschaft und Kandidatur auf der Liste der Basisgruppe Pädagogik gelenkt. Wie ich denn zu dieser Basisgruppe gestoßen sei, fragte man.

Ich erklärte, dass man es als Neuling an einer Universität zunächst schwer habe, Kontakte zu bekommen, und dass mir auch daran gelegen gewesen sei, mich außerhalb des herkömmlichen Seminarbetriebes zu betätigen und Erkenntnisse zu gewinnen. Durch eine Wandzeitungseinladung an Erstsemester gelangte ich dann zu einem ersten Treffen mit einigen Mitgliedern der Basisgruppe, die uns über ihre Arbeit am Institut und auf theoretischer, wissenschaftlicher Ebene informierten. Ich erklärte dazu, dass es am Institut ein gut funktionierendes Mitbestimmungsmodell gegeben habe und sich deshalb auch die Möglichkeit geboten habe, institutsintern an Fragen der Diskussion von Lehrveranstaltungen, Tutorials etc. mitzuarbeiten und ich diese Möglichkeit für mich in Anspruch nahm.

Hier kamen Vorhaltungen, dass es sich doch um eine marxistische Gruppe gehandelt habe und ich mich hiermit eindeutig in die Mitgliedschaft einer solchen begeben hätte.

Ich erklärte, dass es für mich in keiner Weise etwas Verwerfliches darstelle, in einer Gruppe mitzuarbeiten, die auf theoretischer Ebene Erkenntnisse vertiefe, die auch Bestandteil vieler Seminare und Veranstaltungen gewesen seien, und ich damit lediglich meinem erkenntnistheoretischen Interesse gefolgt sei. Daraufhin entspann sich eine Diskussion darüber, was es heißt, eine Mitgliedschaft einzugehen.





»Der Marxismus will den Wissenschaftspluralismus abschaffen ...«

Man las mir einen Passus aus dem Wahlprogramm der Basisgruppe vor, in dem es sinngemäß um den Zusammenhang und das Verhältnis marxistischer Wissenschaft zur »bürgerlichen Wissenschaft« ging. Man entnahm diesem Passus die Aussage, es ginge dem Marxismus – und damit auch der Basisgruppe – darum, den Wissenschaftspluralismus abzuschaffen und an dessen Stelle die (so fast wörtlich gesprochen) »alleinseligmachende und jede andere Wissenschaftsmethode oder -erkenntnis ausschaltende Kraft des Marxismus« zu setzen, den Wissenschaftspluralismus zu vernichten und durch einen »Wissenschaftsmonismus« zu ersetzen. So die Interpretation der Regierung.

Man verlangte von mir eine persönliche Stellungnahme zum Wissenschaftspluralismus. Ich erklärte, dass mein erkenntnisgeleitetes Interesse an einer theoretischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung natürlich in keiner Weise konträr zu einem Wissenschaftspluralismus stünde.

»... und die Diktatur des Proletariats errichten«

Diese theoretische Beschäftigung (mit marxistischer Wissenschaft) hätte doch ganz bestimmte Konsequenzen und Ziele, die »doch allseits bekannt« seien, erwiderte man unter Verweis auf Passagen des Wahlprogramms der Basisgruppe und bezog sich hierbei wiederum auf die Abschaffung des Wissenschaftspluralismus, auf die Errichtung einer »Diktatur des Proletariats« und ähnliches. Gerade bei einer marxistischen Gruppe oder im »sozialistischen Studium« seien diese Ziele doch eindeutig und dazu bräuchte man doch bloß in die DDR sehen, um zu wissen, wohin das führt, wobei man



einen Katalog an Möglichkeiten der Abschaffung der Demokratie, des Mehrparteienstaates etc. anführte.

Neben der Frage nach meiner grundsätzlichen Meinung über die Vereinbarkeit von Marxismus und Grundgesetz konzentrierte man sich darauf, warum ich denn grundsätzlich auf der Liste der Basisgruppe zum Studentenparlament kandidiert habe. Ich begründete meine Kandidatur in erster Linie damit, einen öffentlichen Beitrag zur damals – den Ring Christlich Demokratischer Studenten ausgenommen – in allen studentischen Gruppen existierenden Ablehnung des Bayerischen Hochschulgesetzes zu leisten.

»Sollen Schulkinder indoktriniert werden?«

Zum Schluss des Gesprächs wollte man von mir eine grundsätzliche Stellungnahme zur »Verantwortung des Staates« in puncto Einstellung in den öffentlichen Dienst, wobei man mehr als einmal darauf verwies, man sei ja älter und hätte wohl schon mehr Erfahrung auf diesem Gebiet und besäße doch eine erhebliche Verantwortung gegenüber Schulkindern und ob ich es denn für richtig hielte, wenn »Kinder in der Schule indoktriniert« würden, wobei man auch auf die »Zustände an manchen Universitäten wie Bremen, Marburg etc.« verwies.

Ich erwiderte, dass ich dem Staat diese Verantwortung nicht abspräche, dass aber wohl das, was seit nunmehr vier Jahren durch den »Radikalenerlass« in der Praxis passierte, praktisch darauf hinausliefe, gerade engagierte und kritische Personen an der Ausübung ihres Berufes zu hindern, von der juristischen Problematik und der einseitigen »Stoßrichtung« ganz abgesehen. Im Übrigen liege es mir fern, jemals Kinder in irgendeiner Weise zu indoktrinieren, das hieße für mich, Kindern Sachverhalte zu vermitteln, die einer wissenschaftlichen, sachlichen und kritischen Analyse nicht standhielten.

»Der Radikalenerlass richtet sich auch gegen Faschisten«

Man verwies nun darauf, dass der Erlass »sowohl gegen Kommunisten als auch gegen Faschisten gerichtet« sei, musste aber die Frage meines Anwalts, ob denn schon einmal ein Faschist hier am Tisch gesessen habe, verneinen – davon gebe es halt offensichtlich nicht viele oder keine.

Auf meine abschließende Frage, wie lange ich denn auf einen Bescheid warten müsste, denn dies sei ja nun auch eine finanzielle Frage, gab man mir die Auskunft, dass ich wohl bestimmt sechs Wochen warten müsste und ich oder mein Anwalt dann anfragen könnten; man müsste leider pro Woche zwei solcher Gespräche führen und diese nähmen eine nicht geringe Zeit in Anspruch!

von Harald Demetz



Meine 60er Jahre

oder: Eine Mädchenschule im Umbruch

Obwohl ich kein sogenannter 68er gewesen bin, habe ich mir bis heute viel Sympathie für die junge Generation jener Zeit bewahrt, jedenfalls mehr als so manche, die sich damals dazu zählten und die sich heute unter seltsam anmutenden geistigen Verrenkungen von ihrer Vergangenheit als »68er« distanzieren. Ich stand damals zwischen den Fronten. Für die SchülerInnen und StudentInnen der 60er Jahre war ich schon zu alt, denn ich war ja »über 30« hinaus, um an einen Slogan von damals zu erinnern, und für die Generation der Flakhelfer und Kriegsteilnehmer (Was für eine Wortschöpfung!) war ich angeblich zu jung, um beispielsweise über die »Tausend Jahre« wirklich mitreden zu können. Ansonsten war ich, der Geschichts- und Deutschlehrer, ein überzeugter Anhänger der noch jungen Demokratie in Deutschland und hatte mir vorgenommen, Begeisterung für meine Fächer zu wecken: sozusagen ein pädagogisches Minimalprogramm. Über Schulstrukturen reflektierte ich zu jener Zeit nicht. Mein Credo: Jede(r) kann »es« schaffen, gemeint war das Abitur.

An einer reinen Mädchenschule!

Ein wichtiges Terrain, auf dem ich mich damals bewegte, war ein Mädchengymnasium in einer norddeutschen, etwa 100.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt. Wohlverstanden: eine reine Mädchenschule! Neben Gymnasien mit Koedukation gab es übrigens auch reine Jungengymnasien in der Stadt wie seinerzeit überall im Lande. An diesem Mädchengymnasium nun hatte ich in Verbindung mit dem Studienseminar meine Referendarszeit absolviert und war dann nach meiner zweiten Staatsprüfung im Frühjahr 1965 als »ordentliches« Mitglied des Kollegiums an dieser Schule geblieben. Der Beginn einer »wunderbaren Freundschaft«, wie sich später erwies, was ich aber bei meinem Eintritt in diese traditionsreiche, nach Johann Wolfgang Goethe benannten Schule ganz und gar nicht dachte. Immerhin war ich auch als Schüler fast nur an reinen Jungenschulen gewesen und den

Dienst am Vorseminar, das es damals noch gab, hatte ich gleichfalls an einem Jungengymnasium abgeleistet. Ich war also ziemlich nervös und unsicher, als ich meine erste Stunde in einer Mädchenklasse gab, ausgerechnet in einer 9. Jahrgangsstufe. Natürlich spürten die Schülerinnen meine Verlegenheit schnell, doch im Unterschied zu den gleichaltrigen Jungen in der vorigen Schule ließen sie mich nicht gleich auflaufen, sondern begnügten sich damit, mir irgendwelche Scheinfragen zu stellen. Wahrscheinlich wollten sie nur herausfinden, ob ich auch Spaß verstand, wenn er auf meine Kosten ging.

Es wird ernst

Wie ich mich erinnere, kam ich glimpflich davon. Richtig ernst wurde es für mich erst, als die »wilde Zeit« der späten 60er Jahre sich ihrem Höhepunkt näherte. Meine Diskussionsbereitschaft und die meiner KollegInnen hatte sich Tag für Tag aufs Neue zu bewähren. Wenn ich etwa in einer Klasse der Oberstufe mit Blick auf die große Stoffmenge darauf bestand, das »Gespräch« endlich zu beenden, machten die Schülerinnen mir schnell den Vorwurf, sie zu »manipulieren«.

Manchmal fiel mir tatsächlich nichts anderes ein, als ein »Machtwort« zu sprechen und im Lehrervortrag das nachzutragen, was wir meiner Ansicht nach in der Stunde sträflich vernachlässigt hatten. Ich galt in solchen und ähnlichen Situationen selbstverständlich als



Foto: Michael Krieger



»autoritär«, was einem vernichtenden Urteil gleichkam, das ich nicht einfach ignorieren wollte. Ältere KollegInnen versuchten es und machten die Erfahrung, dass sie keinen Zugang mehr zu den jungen Frauen fanden. Manchen war das egal, andere litten darunter, überspielten es aber durch eine zur Schau getragene Gleichgültigkeit, was die Kluft zwischen ihnen und den Schülerinnen weiter vertiefte. Eine partielle Sprachlosigkeit war die Folge.

Mehr als nur ein Hauch von Emanzipation

Aus der Rückschau glaube ich sagen zu können, dass die Lehrer insgesamt besser mit der »Aufmüpfigkeit« der Schülerinnen zurechtkamen als die Lehrerinnen. Doch es gab Ausnahmen. Das zeigte sich besonders bei einer Episode, die ich besonders gut in Erinnerung behalten habe, obwohl ich mich nicht mehr für jede Einzelheit verbürgen kann. Es war 1968. Die Entlassung der Abiturientinnen fand an dieser Schule immer noch im Rahmen einer Feierstunde statt. Das Schulorchester spielte Klassisches und Modernes, die vorgetragenen Gedichte gingen von Goethe über Hesse bis Benn. Eine Abiturientin hielt eine engagierte Rede, in der sie den ihrer Meinung nach »autoritären Führungsstil« der Schulleitung angriff und die zu starke Betonung der »Sekundärtugenden« an der Schule beklagte. Sie mokierte sich darüber, dass es immer noch reine Mädchengymnasien gab und meinte, feststellen zu müssen, dass die Mädchen unterdrückt würden. Sie dürften sich nicht schminken, weder enge Jeans noch Miniröcke tragen und auch nicht rauchen. Sehr pathetisch zitierte sie Schiller und forderte mehr »Gedankenfreiheit« an der Schule. Der Applaus unter den Schülerinnen war erheblich und meine »Kollegin Verbindungslehrerin« flüsterte mir zu: »Die hat doch eigentlich recht.« Zur Ehre der Schulleiterin, die als streng und konservativ galt, sei festgestellt, dass sie in ihrer Replik erklärte, die Freiheit der Rede an dieser Schule ohne Wenn und Aber auch in Zukunft zu respektieren. Es schien, dass sie beeindruckt war und etwas verstanden hatte. In meinen Augen ein Erfolg der jungen Frauen.

Grenzen der Belastbarkeit

Eine offene Solidarisierung der Lehrerinnen mit den Mädchen blieb allerdings aus. Gleichwohl gab es unter den jüngeren Kolleginnen einige wenige, die es wagten, auf den

LehrerInnenkonferenzen für die Forderungen der Schülerinnen Verständnis zu wecken. Sie wurden deswegen zwar nicht angefeindet, ernteten aber viel Kopfschütteln bei den älteren Männern und Frauen. Die erzieherischen Spuren des »Dritten Reiches« waren bei ihnen nicht zu übersehen. Eine Äußerung hat mich seinerzeit sehr befremdet. Eine Kollegin, die wegen ihrer methodischen und didaktischen Fähigkeiten im Fach Mathematik großes Ansehen genoss, äußerte die Ansicht, junge Menschen müssten lernen, ein Unrecht auch einmal hinzunehmen und sich nicht gleich zu beschweren. Sie sagte nichts über die Art und Schwere des Unrechts. Eine andere, weißhaarige Kollegin beschwor den Gedanken der Gemeinschaft im Allgemeinen und der Schulgemeinschaft im Besonderen. Sie meinte, in der Erziehung im »Dritten Reich« sei nicht alles verwerflich gewesen. Und gerade die Erziehung während der Nazizeit griffen die Wortführerinnen der jungen Leute auf ihren Schülerinnenversammlungen und im städtischen SchülerInnenparlament erbittert an. Als »VerbindungslehrerInnen« kamen meine Kollegin und ich an die Grenzen unserer Belastbarkeit, wenn wir den Versuch machten, die Wogen zu glätten und den aufgebrachtten SchülerInnen vorschlugen, die Dinge auch einmal aus der Sicht ihrer LehrerInnen zu sehen. Da wir in vielen Punkten auf der Seite der Jungen und Mädchen standen, war es manchmal auch einfach unmöglich. Eine politisch und pädagogisch derart herausfordernde Situation habe ich in den noch folgenden mehr als 30 Jahren in der Schule nicht mehr erlebt.

Im Rückblick war es ein neuer Anfang

Das Ganze sah immer wieder wie ein typischer Generationenkonflikt aus. Da ich nur wenig mehr als ein Jahrzehnt älter war als die Schülerinnen, hatte ich es vielleicht etwas leichter, sie zu verstehen. Dennoch fand ich gerade unter den älteren KollegInnen den einen oder die andere, die, was Schule und Bildung betraf, schon weiter dachten als ich seinerzeit. Ein älterer Kollege, ein radikaler Kritiker jeglichen Erfolgsdenkens (gemeint: »das Recht des Stärkeren«) und auch nur leisester Anklänge an die Idee der »Volksgemeinschaft«, empfahl mir damals die ersten Aufsätze Hartmut von Hentigs, die mir ganz entscheidende Anstöße für meinen beruflichen, pädagogischen und bildungspolitischen Werdegang gaben. Am meisten verdanke ich aber der Herausforderung durch die Schülerinnen, ohne deren sanfte

Hartnäckigkeit ich nie ganz verstanden hätte, was die jungen Leute damals umtrieb.

Nach und nach wurde damals der Beginn von etwas Neuem sichtbar. Es war eine Art Gegenkultur, die vor allem von den StudentInnen ausging und an den Schulen nicht halt machte. Für mich war neu, dass ich es beruflich mit Mädchen und jungen Frauen zu tun hatte. Vieles von dem, was sie bewegte, war auch andernorts zu hören. So erinnere ich mich noch deutlich, wie oft in jener Zeit der Begriff der »Manipulation« die Diskussionen beherrschte. »Manipulation« konnte damals fast alles sein, von der (»scheinbaren«) Freundlichkeit der LehrerInnen über ihre Art, die Klassenleitergeschäfte wahrzunehmen, bis hin zur Benotung. »Sekundärtugenden« (wieder ein Stichwort), wie Fleiß, Ordnungsliebe und Pünktlichkeit dienten in ihren Augen der Manipulation der Menschen, wo es doch in erster Linie auf persönlichen Mut, Selbstachtung, Zivilcourage, bürgerliches Engagement und demokratische Wachsamkeit ankam. Den jungen Leuten war bloße Amtsautorität, gleichviel wo, eben auch in der Schule, zu wenig. Echte Autorität zeichnete sich für sie durch Kompetenz und Können aus, durch geistige Souveränität und Überzeugungskraft. Konflikte gab es immer dann, wenn die Schülerinnen den Eindruck hatten, ein Lehrer, eine Lehrerin behandle sie »autoritär«, d. h. mute ihnen einen Unterrichtsstil zu, bei dem sie nicht angemessen zu Wort kämen, wie kleine Untertanen behandelt würden und sie sich »manipuliert« fühlten. Allerdings griffen die Schülerinnen auch andere Themen auf. Ehe und Familie stellten sie in ihren Diskussionsbeiträgen nicht grund-

sätzlich in Frage, doch an erster Stelle stand für die meisten der spätere Beruf, da nur er ihnen finanzielle Unabhängigkeit und gesellschaftliche Gleichberechtigung zu versprechen schien. Auffällig dabei, dass eine große Mehrheit der Abiturientinnen ein Studium absolvieren wollte. Studienfächer wie Mathematik und Chemie waren keine Ausnahme. In diesen Fragen fanden sie auch Unterstützung von ihren LehrerInnen, die sie ihnen sonst verweigerten. Mein Eindruck war, dass hauptsächlich die Frauen im Kollegium mit dem selbstbewussten Auftreten der Schülerinnen Probleme hatten. Häufig war zu hören, dass die Klassensprecherinnen sich im Ton vergriffen hätten. Das war natürlich so gut wie nie überprüfbar. Dennoch war es in den meisten Fällen wohl eher der Ausdruck eines sich wandelnden Rollenverständnisses. Die Mädchen und jungen Frauen wollten weg von ihrem Image als angepasste und letztlich stets nachgiebige Ja-Sagerinnen. Sie lernten gerade, »Nein« zu sagen. Vielleicht übertrieben sie es anfänglich. Doch das würde sich geben. Sie hatten ja ein ganzes Leben lang Zeit.

Nachtrag: Nur wenige Jahre später wurde am Goethe-Gymnasium die Koedukation eingeführt. Hier wie im ganzen Lande erhielten die SchülerInnen mehr Mitsprache- und Beteiligungsrechte.

von Hannes Henjes

Mitglied der DDS-Redaktion
Gymnasiallehrer im »Unruhestand«
E-Mail: h.henjes@web.de



Von Emanzipation bis Empowerment

Lernprozesse am Beispiel der Psychiatriereform

Auch wenn das Thema »Psychiatrie« die GEW nur am Rande berührt, haben wir uns entschlossen, diesen Artikel unseres Kollegen Dr. Heiner Keupp abzudrucken, weil wir finden, dass er grundsätzliche Fragen auch der '68er-Bewegung anspricht, über die nachzudenken sich lohnt.

68 ist für mich ein höchst ambivalentes Thema. Zum einen ist es ein wichtiger historischer Bezugspunkt meiner Identität als Hochschullehrer, als Mann, als Vater, als politisches Subjekt. Zum anderen ist 68 ein permanentes Ärgernis, weil es so schwer ist, darüber zu kommunizieren. Jeder hat seine eigenen Erfahrungen, seine eigenen Bilder, seine eigenen Phantasien, seine eigenen Projektionen und seine eigenen Gegenübertragungen. In einigen Deutungen wird den 68ern attestiert, dass sie sehr bedeutsam waren, weil sie einem bereits vollzogenen, aber gesellschaftlich noch nicht begriffenen und angeeigneten sozialen Wandel eine »Autorenenschaft« verliehen haben. Es wird postuliert, dass die Studentenbewegung einen gesellschaftlichen Modernisierungsprozess vorangetrieben hätte. Sie hätte also etwas zustande gebracht, was sie gar nicht wollte, »nichtintendierte Nebenfolgen« heißt das im soziologischen Fachjargon.

Mir scheint diese These durchaus interessant, aber nicht zu Ende gedacht, vor allem falsch-abstrakt gegen den Inhalt der Widersprüche. In der Modernisierungsthese werden richtige Momente festgehalten und gleichzeitig wird ein wichtiger Punkt verfehlt, der nach meiner Auffassung das Entscheidende von 68 war: Die reale Erfahrung einer Wirkmächtigkeit, die zwar nicht ausgereicht hat, all die großen Ziele in dem Sinne zu realisieren, dass wir heute sagen könnten: Das haben wir erreicht, schaut her, das können wir euch zeigen. Was die Modernisierungsthese nicht erfasst, ist der real-utopische Gehalt der Studentenbewegung. Er wird von der grundlegenden Einsicht gespeist, dass der real-existierende öde-bornierte Kapitalismus der sich entwickelnden Bundesrepublik nicht »alles« sein könne, dem man sich wie einem unhinterfragbaren Realitätsprinzip unterzuordnen hätte. Seine bloße Faktizität konnte nicht eine bedingungslose Anerkennung einfordern. Wir haben mit einer zunächst kaum durch große Theorien angeleiteten Rebellion gegen unerträgliche Verhältnisse an den Universitäten und in den privaten Welten Veränderungen in »Siebenmeilenstiefeln« erlebt. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Welt in

ihrem bloßen Sosein nicht akzeptiert werden muss. Dieses »Keine Experimente«-Motto der Adenauerrepublik enthielt ja einen »psychischen Immobilismus«, wie es Margarete und Alexander Mitscherlich genannt haben; eine »soziokulturelle Katatonie«, einen »Totstellreflex« auf hohem materiellen Niveau oder ein »konstitutives Beschweigen« – wie man das Phänomen auch immer benennen möchte. 68 lebte von der basalen Erfahrung, sich diesem Immobilismus entziehen zu können, dem Positivismus der uns immer wieder entgehaltenen normativen Kraft des Faktischen seine Glaubwürdigkeit zu entziehen. Es war die Erfahrung kollektiver Wirkmächtigkeit. Heute würde man das in unserem Fach mit dem Begriff »Empowerment« bezeichnen.

Am Anfang stand die Kopfgeburt

Im Übergang vom Studium in die Berufswelt, den ich 1969 vollzogen habe, haben für mich die Impulse von 68 vor allem zu einem Engagement in der Psychiatriereform geführt. Es hat ziemlich lange gedauert, bis ich die Realitäten der psychiatrischen Versorgung in spezifischen Ausschnitten wahrnehmen konnte. Im Zuge der eigenen Professionalisierung zum Psychologen, der seine politische Sozialisation in der StudentInnenbewegung mit seiner Suche nach einer fachlichen Identität in der Psychologie verbinden wollte, war mein Einstieg zunächst eine Kopfgeburt. Die Politisierung im Zuge der StudentInnenbewegung hatte zur Folge, dass kein Winkel unserer Gesellschaft von einer gesellschaftskritischen Durchleuchtung ausgespart blieb. Ins Visier gerieten bei uns vor allem die psychologische Isolation der Menschen von ihrem sozialen Kontext, wie sie sich in den Menschenbildern, in der Psychodiagnostik und vor allem auch in einem Krankheitsverständnis ausdrückte, das das Leid der Menschen ausschließlich auf Verursachungsgründe in den Personen reduzierte. Des Weiteren wurde das Hilfeselbstverständnis dekonstruiert: Was als professionelle Hilfe zu einer besseren Lebensbewältigung an-



Foto: Helmut Wohnner

gesehen wurde, wurde jetzt als Anpassungsstrategie an eine repressive Gesellschaftsordnung entlarvt. Die Analysen wurden in dem Maße radikaler, wie auch das Elend der psychiatrischen Versorgung in unser Blickfeld geriet. Hier kam zu dem neurotischen Elend vor allem der Mittelschichten, aus denen wir mehrheitlich selbst kamen, eine brutale gesellschaftliche Realität hinzu, die geradezu auf eine Skandalisierung wartete. Jetzt hatten wir in unserem eigenen professionellen Handlungsfeld Belege für die menschenverachtende und -zerstörende Qualität einer Gesellschaftsordnung gefunden, für die einzig und allein die »Logik des Kapitals« bestimmend war. Die professionelle Komplizenschaft mit dem spätkapitalistischen System von Ausbeutung und Herrschaft sollte radikal aufgekündigt werden. Es bestand die gemeinsame Überzeugung, dass eine repressive und auf Klassenunterschieden beruhende Gesellschaft Menschen psychisch und gesundheitlich verkrüppeln muss. In meinem Selbstverständnis als Wissenschaftler wollte ich diese Hypothek seriös aufzeigen und die daraus erforderlichen gesundheitspolitischen Maßnahmen ableiten. Noch immer befinden wir uns in der Phase der »Kopfgeburt«.

Menschen als Symptom

Die Situation psychiatrischer Patienten kannten wir im Wesentlichen aus den skandalisierenden Medienberichten, aus seltenen Besuchen in den Anstalten, in die man allerdings auch kaum hineinkam. Das in Bildern transportierte Elend von LangzeitpatientInnen in den Anstalten rubrizierten wir unter dem Konzept der »Hospitalisierung«.

In der Psychiatrie »internierte« Personen waren in unseren Diskursen ständig präsent, aber sie waren Konstrukte unserer eigenen Theoriebildung, man könnte auch von einer »projektiven Identifikation« sprechen. Sie erfüllten eine wichtige Funktion in unserer eigenen Deutung spätkapitalistischer Lebensverhältnisse. Sie erschienen uns als Symptom einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die die Menschen mit ihren Konsumprodukten und ihrer »Kulturindustrie« mit Haut und Haar, ohne widerständigen Rest, integrierte. Die durchgängige Entfremdung konnte in einer solchen – von Herbert Marcuse treffend auf den Begriff gebrachten – »eindimensionalen Gesellschaft« nicht mehr reflektiert werden, sie wurde zur Normalitätserfahrung. Es kam zu einer intensiven Debatte über Normalität und Ab-

weichung, über die »Pathologie der Normalität«, über »gute Gründe« in einer »verrückten Gesellschaft« verrückt zu werden und über politische und ökonomische Gründe der Ausgrenzung von gelebter Differenz.

Emanzipatorischer Anspruch

Wir wurden inspiriert durch die Begegnung mit anderen europäischen Reforminitiativen. Mit ihnen trafen wir uns in einem emanzipatorischen Menschenbild, das auch und gerade das Recht auf Differenz für Menschen mit schweren psychischen Problemen betonte und diese Probleme in eine Diagnose spätkapitalistischer Entfremdungsverhältnisse einbezog. Zum anderen teilte man die Überzeugung, dass professionelle Hilfen gemeindenah organisiert werden müssen, damit Menschen bei der Bewältigung ihrer alltäglichen Krisen und Probleme unterstützt werden könnten. Die europäischen Ansätze zur Psychiatriereform verstanden sich als soziale Bewegung, die Leiden nicht nur besser verwalten oder managen, sondern Teil einer gesamtgesellschaftlichen Reformbewegung für die Er kämpfung lebenswerter gesellschaftlicher Verhältnisse sein wollte. Ein wichtiges Ziel sahen wir darin, Menschen darin zu ermutigen, ihre Geschichte und Biografie selbst in die Hand zu nehmen und ein Recht auf Differenz durchzusetzen. Und schließlich waren wir überzeugt davon, dass das Leben und Arbeiten in der Gesellschaft, die wir vorfanden, den Menschen nicht gut tun könne. Diese Gesellschaft war von der Logik des Geldes und der Warenströme bestimmt und sie war für uns in dieser Verfasstheit eine zentrale Quelle psychischen Leids.

Langer Weg von der Kritik zur Gestaltung

Aus der »Kopfgeburt« wurde dann doch langsam Praxis. Aus der rein psychiatriekritischen sind wir in eine psychiatriegestaltende Phase eingetreten. In der notwendigen Politik der »kleinen Reformschritte« sind viele nicht mehr mitgegangen, für die die Antipsychiatrie vor allem eine kulturevolutionäre Bewegung war, eine Politik der Lebensstile und Alltagskultur, aber die Utopie einer veränderten Gesellschaft, in der Ausgrenzung von Dissens und Differenz überwunden, in der »Verrücktheit« und »Anderssein« normalisiert werden könnten, war uns noch nicht abhanden gekommen. Die großen Worte wie »Deinstitutionalisierung«



Foto: Michael Krieger



(Auflösung der »Irrenhäuser«) oder »Rekommunalisierung psychischen Leids« wurden zu Reizworten, weil sie von einem utopischen Überschuss getragen wurden, der mehr wollte, als technisch-quantitative Lösungen. Diese Debatten verloren allmählich an Schwung und Bedeutung, weil wir in den Niederungen des Reformhandwerks den Rückenwind einer breiten gesellschaftlichen Demokratisierungsbewegung immer weniger gespürt haben. Unsere utopischen Energien hatten sich im Wesentlichen aus dem Hoffnungspotential gespeist, dass die »real existierende Bundesrepublik« und ihr aus ökonomischer Potenz gespeister »Krämergeist« nicht das »Ende der Geschichte« sein würde.

Gleichwohl hat sich die psychosoziale Landschaft deutlich verändert. Modernisierung hat auf jeden Fall stattgefunden. Zugleich ist sie für mich mit einem wichtigen Lernprozess verbunden. Wir Professionelle hatten uns als die entscheidenden Akteure der Veränderung verstanden, aber uns stand noch die Empowerment-Etappe bevor. Für mich ist die Empowerment-Perspektive engstens mit einer traumatischen politischen Erfahrung verbunden. An einem Wochenende Ende 1984 hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen zu einer psychiatriepolitischen Tagung nach Berlin geladen. Endlich sollten Eckpunkte für ein psychiatriepolitisches Programm der entstehenden neuen Partei formuliert werden. Die Psychiatriereformer der Bundesrepublik kamen voller Hoffnung zu dieser Tagung, endlich eindeutige und radikale Reformpositionen im politischen Raum vernehmbar artikulieren zu können, und sie erlebten doch ein spezifisches Waterloo. Ich hatte mir eine Reihe von Punkten überlegt, die ich in das geplante Programm einbringen wollte. Letztlich bin ich stumm geblieben. Warum? Zu dieser Tagung waren auch Betroffenen-Initiativen geladen worden. Und den Tagungsort nutzte vor allem die Berliner »Irrenoffensive«. Allein ihre Existenz war ja schon ein Grund zur Revision von Positionen, die damals auch in der Reformszene geteilt wurden.

Die babylonischen Türme der Professionellen

Nun begegneten wir da einer handlungsmächtigen Gruppe von psychiatriee erfahrenen Menschen. Dieser Überraschung folgte die Traumatisierung. Diese Gruppe sah nicht die »böse Gesellschaft« oder die »böse Psychiatrie« als ihre Hauptgegner an, sondern Leute wie uns, die für sich einfach ungeprüft von der Unterstellung ausgingen, dass sie die legitimen Interessenvertreter der psychisch Kranken seien. Sie konfrontierten uns mit dem Vorwurf, dass sie die fürsorgliche Form der Entmündigung, die sie vor allem von sozialpsychiatrisch orientierten Professionellen erfahren



würden, als besonders raffinierte Repression erleben würden. Warum würden wir sie, als die eigentlichen ExpertInnen, nicht fragen, was für sie gut und richtig ist. Sie forderten das Recht auf Selbstorganisation und sie forderten vor allem auch die sozialpolitischen Ressourcen dafür. Ihre Frage, warum wir die finanziellen Ressourcen für die Psychiatriereform immer nur dazu nutzen wollten, um unsere eigene Etablierung auszubauen, traf mich völlig unvorbereitet. Jedenfalls war ein wunder Punkt getroffen und er hat eine tiefe Krise in meinem Selbstverständnis ausgelöst. Sie hat auf jeden Fall einen Lernprozess angestoßen, der zumindest die Denkmöglichkeit eröffnet hat, dass wir Professionelle eigene Interessen haben, die nicht umstandslos mit denen der Betroffenen gleichzusetzen sind. Hier muss eine notwendige Differenzierung erfolgen und erst dann entsteht die Chance, unsere professionelle Kompetenz zur Unterstützung und Ermutigung zur Selbstorganisation der Betroffenen einzusetzen, statt an ihrer Stelle zu handeln. »Demokratie wagen« bekam hier noch einmal einen neuen Sinn!

Resümee

Mir ist klar geworden, dass wir Professionellen uns unsere therapeutischen, diagnostischen und versorgungstechnischen babylonischen Türme gebaut haben, die die unmittelbare Begegnung mit den oft befremdlichen inneren Erfahrungen und Lebenswünschen, die sich in psychischen Störungen äußern, verhindern. Der begonnene Dialog hat hier eine ganz neue Perspektive eröffnet. Psychiatriee erfahrene und Angehörige beginnen ihre Erfahrungen zu formulieren und wir Professionelle beginnen, darauf zu hören. Dieses Zuhörenlernen und die dia- und dialogischen Prozesse zu fördern, ist der zentrale Sinn der »Empowerment«-Perspektive.

von Prof. Dr. Heiner Keupp

lehrt Sozial- und Gemeindepsychologie
an der LMU München



Selbsthilfe – von der Protestbewegung bis zur vierten Säule im Gesundheitswesen

Der Beginn der modernen Selbsthilfebewegung wird mit der Gründung der anonymen Alkoholiker 1935 in Amerika beschrieben. Das stimmt, aber die Aufbruch- und Protestbewegung der 68er brachte die Selbsthilfebewegung im breiten Feld der somatischen chronischen Erkrankungen, bei behinderten Menschen und im Bereich der Frauen- und Familienselbsthilfe ins Rollen. So betitelte die New York Times die siebziger Jahre als **das** Jahrzehnt der Selbsthilfe. Ausgehend von Amerika verbreiteten sich Selbsthilfegruppen als Protestbewegung und aufgrund starker Defizite im Gesundheits- und Sozialsystem in diesem Zeitraum auch in Europa.

Durch Selbsthilfeaktive wurden ExpertInnen im medizinischen Bereich streng unter die Lupe genommen: Anstelle der Gläubigkeit an den »Halbgott in Weiß« wurden beispielsweise in feministischen Frauenzentren Kurse zur Selbstbehandlung und Selbstuntersuchung durchgeführt: »Wir wollen keine Vermittler sein zwischen den Ärzten und den Patienten. Wir wollen den Frauen zeigen, wie sie es selber machen können. Wir wollen Frauen nicht untersuchen. Wir zeigen Frauen, wie sie sich selber untersuchen können. Wir verkaufen keine Selbsthilfe und wir verschenken sie nicht: Wir teilen sie.« (Detroit Womens-clinic 1974).

Der Psychoanalytiker Michael Lukas Moeller spielte in Deutschland in den siebziger Jahren eine entscheidende Rolle bei der Etablierung von Selbsthilfegruppen. 1981 gründete er die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V., die heute als ein Fachverband die Interessen der Selbsthilfekontaktstellen auf Bundesebene mit vertritt. Ein unbestrittener Verdienst dieser Zeit ist die Etablierung eines neuen Gesundheitsbegriffs, der eine aktive, eigenverantwortliche Rolle der mündigen PatientInnen erstmals definierte und deren Mitbestimmung im Gesundheitswesen einforderte.

So bereitete die große gesellschaftliche Aufbruchstimmung Anfang der siebziger Jahre den Weg zum kritischen Hinterfragen von gesundheits- und gesellschaftspolitischen Dogmen, hatte aber auf lange Sicht zu wenig mit dem Alltag der Menschen zu tun und konnte auch die Gesamtbevölkerung wegen ihres hohen intellektuellen Anspruches nur zum Teil erreichen. Hier unterscheidet sich die Selbsthilfe stark von

der außerparlamentarischen Opposition der Studentenbewegung. Denn Selbsthilfe war immer in kleinen Strukturen direkt an den Bedürfnissen von Menschen orientiert und versuchte im Lebensalltag neue Lösungswege zu finden.

Wenn Politik und Gesellschaft aus Selbsthilfesicht kritisiert wurden, dann immer sehr konkret an den Alltagsbedürfnissen von chronisch Kranken oder von Menschen in besonderen sozialen Situationen. Diese konkrete Kritik konnte auch konservativer Politik nahegebracht werden. So bewegte sich gerade in den achtziger Jahren die Selbsthilfe aus der alternativ-autonomen Ecke und erfuhr über alle politischen Anschauungen hinweg große Anerkennung. Horst Seehofer bezeichnete sie sogar als »vierte Säule« im Gesundheitswesen, was leider nicht der tatsächlichen Wertschätzung von Selbsthilfearbeit im Hier und Jetzt entspricht.

Aus dem Frust vor männlicher Dominanz und hierarchischen Strukturen im Gesundheits- und Sozialbereich entstanden Frauenselbsthilfegruppen, Krüppelinitiativen, Patientengruppen, sowie selbstorganisierten Elterninitiativen. Der Selbsthilfebereich hat bis ins Jahr 2008 viele Früchte getragen. Aus losen Selbsthilfezusammenschlüssen entstanden einflussreiche Selbsthilfeorganisationen, die inzwischen auf vielen Ebenen Politik mitgestalten. Auch Selbsthilfekontaktstellen, die auf örtlicher Ebene Selbsthilfegruppen vernetzen und unterstützen, haben zur Ausbreitung und Stärkung des Selbsthilfegedankens beigetragen. Trotzdem hat sich die Selbsthilfe oft ihren frischen Blickwinkel und ihre Protestbereitschaft bis zum heutigen Tag erhalten. Beispielsweise wirken Selbsthilfeaktive direkt in Zulassungs- und Berufungsausschüssen der Ärzte/innen als PatientenvertreterInnen mit und bringen FunktionärInnen von Krankenkassen und Ärzteschaft durch unverblühte Fragen zum Staunen und teilweise zum Umdenken.

In Bayern gibt es inzwischen ca. 11.000 Selbsthilfegruppen zu 800 verschiedenen Gruppenthemen (von Adoption bis Zwänge), 180 Selbsthilfeorganisationen und 13 Selbsthilfekontaktstellen (und weitere 70 selbsthilfeunterstützende Einrichtungen).

Die Selbsthilfekoordination Bayern mit Sitz in Würzburg vernetzt seit 2002 alle Selbsthilfeaktivitäten und bemüht sich durch gemeinsame Kongresse und Aktionen, die Selbsthilfe noch bekannter zu machen. Außerdem hat sie zu seltenen Erkrankungen und Problemen eine Selbsthilfebörse aufgebaut, die Einzelkontakte zwischen Betroffenen herstellt.

von Theresa Keidel

Kontakt über www.seko-bayern.de oder 09 31/2 05 79 13

1968 – Frauen bewegen sich

Wer die Selbstfeier der 68er beobachtet, hat den Eindruck, einem neuen alten Männerbund zu begegnen. Dabei mobilisierte '68 gerade jenen Teil der neuen sozialen Bewegungen, der die gesellschaftliche Realität der BRD besonders nachhaltig verändern sollte. Noch eine Weile als sogenannter »Nebenwiderspruch« in die zweite Reihe gestellt, emanzipierten sich die Frauen nach '68 von männlich-linker Vorherrschaft. Als Auftakt der neuen Frauenbewegung gilt der legendäre Tomatenwurf auf der Frankfurter SDS-Konferenz im September 1968.

Am 1. Juni 1967, einen Tag vor dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg, suchte Dagmar Seehuber, Mitglied der Kommune 1, illegal einen Arzt auf, um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Die Kommunarden – und allen voran der Kindsvater – hatten entschieden, dass sie das Kind nicht bekommen sollte. Es wurde einer dieser Hinterzimmereingriffe, die medizinisch zwar halbwegs gut verliefen, doch eine junge Frau zurückließen, die psychisch völlig verstört und mit dem Erlebnis auf sich alleine gestellt war.

Am gleichen Abend fand in der Mensa der Freien Universität Berlin eine große Veranstaltung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) zum bevorstehenden Besuch des persischen Kaiserpaares Reza Pahlavi und Farah Diba statt. Wer auf sich hielt, nahm daran teil. Auch Dagmar Seehuber war dabei, ebenso wie am nächsten Tag vor der Oper, als die DemonstrantInnen von knüppelnden Polizeibeamten durch die Straßen getrieben wurden.

Die fortdauernde Scham

Dagmar Seehuber ging es nicht gut. Sie wurde zwar nicht verletzt, doch sie hatte Unterleibsschmerzen und die Anspannung war so groß, dass sie anfangs, hemmungslos zu weinen. Dabei war es ja »nur« eine Frauensache, ein Kind »wegmachen« zu lassen, und eine Frau musste damit irgendwie alleine klarkommen. Auf der politischen Agenda der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) gab es wichtigere Dinge. Noch heute sprechen die 68er-Frauen über ihre Abtreibungen Ende der sechziger Jahre nur sehr zögernd und fast nebenbei. Die Drohkulisse des § 218 saß damals tief und sie hatten gelernt, den Eingriff geheim zu halten, unabhängig davon, ob er illegal im Hinterzimmer heimischer Ärzte und Krankenschwestern oder halblegal im Ausland stattgefunden hatte.

Wenige Jahre später skandierten die »Emanzen« dann »Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine« und »Mein Bauch gehört mir«. Denn bis 1974 stellte der § 218 in der alten BRD Abtreibung unter Strafe. Das änderte sich erst Mitte der siebziger Jahre: Obwohl die von der sozialliberalen Koalition beschlossene Fristenregelung vom Bundesverfassungsgericht



wieder kassiert wurde, war es zumindest unter bestimmten sozialen Umständen endlich möglich, eine Schwangerschaft legal abzubrechen.

Auch andere Aspekte weiblicher Realitäten, die später mit dem Slogan »Das Private ist politisch« umrissen werden sollten, fanden in der Revolte von 1968 keine Resonanz. Als Ulrike Meinhof 1968 bei einem Treffen des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen fragte, »wer schon einmal von seinem Mann geschlagen worden« sei, erhielt sie keine Antwort. Der Themenkomplex war derart mit Scham belegt, dass keine außer Meinhof es wagte, darüber zu sprechen. Ihre Konkret-Kolumnen schrieb die erfolgreiche Journalistin meist aber auch lieber über »harte« politische Themen als über »Frauensachen«.

Ungeachtet dieser Vorsicht, die selbst streitbare Frauen wahrten, lag das Wort »Geschlechterkampf« in der Luft. Am 25. November 1968 prophezeite Spiegel-Autor Peter Brügge dem SDS, die rosa Zeiten seien vorbei, auch wenn es noch gelänge, den SDS-Bundesausschuss »frauenfrei« zu halten. Antonia Grunenberg aus Frankfurt, die für einen der fünf Sitze kandidieren wollte, wurde von den Genossen derart zugesetzt, dass sie, wie Peter Brügge schreibt, »dem Zusammenbruch nahe, ihren emanzipierten Anspruch aufgab.«

Befreit die Eminenzen ...

Der Unmut unter den Frauen wuchs. Schon am 13. September hatte Helke Sander den SDS-Genossen mit der ersten feministischen Grundsatzrede die Leviten gelesen und Sigrid Rüter die Tomate geworfen. Zwei Monate später präsentierte der Frankfurter Weiberrat das »Schwanz-ab-Flugblatt«. Pseudo-sexualrevolutionären Parolen im Sinne von »Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment« hatten sie den Slogan »Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen« entgegengeschmettert. Highlights der Empörung, die sogar von den linksbürgerlichen Medien wahrgenommen wurden. In der Folgezeit gründeten sich in allen großen Städten Aktionsräte, Weiberräte und SDS-Frauengruppen.

Doch warum, so muss man sich heute fragen, dauerte es so lange? Wie um alles in der Welt war es eigentlich möglich gewesen, dass die männlichen Wortführer dieser Revolte von



all dem überhaupt keine Notiz nahmen, was später unter dem Schlagwort »Das Private ist politisch« zusammengefasst wurde? Warum ließen sich die 68erinnen so lange damit hinhalten, nur der »Nebenwiderspruch« zu sein und mit ihrer eigenen Befreiung auf die Zeit nach der Revolution zu warten? Und wie konnte es sein, um noch einmal Peter Brügge zu zitieren, dass das »feminine Missbehagen an den verflucht maskulinen Zuständen dieses Vereins« so lange unter den Teppich gekehrt werden konnte und die Frauen im »intellektuellen Hochfrequenzbereich männlich deutschen Organisationswahns«, also im SDS, sprachlos blieben?

Dabei empfanden viele Genossinnen gerade den SDS als einen attraktiven Ort politischer Betätigung, der allen offen stand und zumindest verbal Gleichberechtigung versprach. Und auch innerhalb der Studentenbewegung gab es ja die weiblichen Ausnahmeexemplare wie zum Beispiel Sigrid Fronius, die 1968 als AStA-Vorsitzende der Freien Universität Berlin antrat.

Zunächst jedoch bewegte sich der geschlechterpolitische Diskurs noch ganz in der neulinken, auf die Arbeiterbewegung und die Arbeiterinnen bezogenen Tradition. Wie schon Clara Zetkin marschierten auch die SDS-Genossinnen »Hand in Hand mit dem Mann ihrer Klasse«. Erst als die Frauen zu hören bekamen, ihre Forderungen entsprängen »kleinbürgerlichem Aktionswahn«, begannen sie, sich neu zu orientieren.

Die »neue Frau«, die sich nur auf sich selbst und ihre Kombattantinnen verließ, musste aber erst noch geschaffen werden. »Anpassung galt als positive Eigenschaft«, erinnert sich Karin Adrian, Tochter aus gutem Hause, die 1968 als »ledige« Mutter in wilder Ehe in einer Kommune lebte. »Frauen, die sich intellektuell betätigten, waren Blaustrümpfe. Mein Vater meinte sogar, wenn Frauen sich im Beruf entfalten, sind das Mannweiber«. Eine »richtige« Frau in diesem Sinne zu sein, galt Ende der sechziger Jahre als oberstes Ziel, und in vielen Ehen wurde die Pflicht zum Gehorsam gegenüber dem Mann eingeübt. Das gesellschaftliche Frauenleitbild beargwöhnte berufstätige Frauen, vor allem, wenn sie gleichzeitig Mütter waren.

Doch wie passte die brave Hausfrau und Mutter mit der rebellischen und aufmüpfigen Grundhaltung der 68er überhaupt zusammen? »Du hast dich damals einfach gar nicht

als Frau identifiziert, weil das zu traditionell war«, erläutert Helke Sander, damals alleinerziehende geschiedene Mutter und Filmstudentin, die als Mitgründerin des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen und der ersten Kinderläden Geschichte machte. »Wenn Frauen bei einer Gelegenheit zufällig nur mit Frauen zusammen waren, hatte das einen negativen Beigeschmack, und sie suchten schnell nach männlichen Begleitern.« Das Thema Gender erledigte der SDS auf seine Weise: »Erst gab es überhaupt keine Frauen im SDS, und dann erkannte man sie nicht als solche.« Frauen und Männer sollten gleich sein. Wo also lag das Problem? Und Frauen, die sich »männlich« oder geschlechtsneutral identifizierten, hatten auch keines. Als die Tomate flog, war das nicht wenigen Genossinnen peinlich.

... von ihren psychischen Demenzen

»Es war wesentlich leichter, sich auf politischer Ebene zusammenzuschließen und auch mal Front gegen Männer zu machen, als diese Front innerhalb der Kommune im praktischen Zusammenleben und -lieben zu errichten«, meint Christel Kalisch. Sie gehörte jener »Kommune 2« an, deren Mitglieder sich durch gegenseitige Analyse psychisch zu befreien hofften. Die Geschlechterfrage allerdings wurde auch bei solchen Analyse-Sitzungen nicht gestellt. »Ich hätte damit meine eigene soziale und emotionale Basis zerstört«, sagt sie, »und das macht man nicht so ohne weiteres.«

»Die Psyche war für viele Männer des SDS damals eher Weiberkram«, erinnert sich Elke Regehr. Sie gestaltete als Künstlerin der Revolte viele Plakate, Buchtitel und die so genannten Spuckies, briefmarkengroße Aufkleber mit Fotos von Napalm-Opfern und von Vietnamesinnen, die in den Reisfeldern von US-Bombern verfolgt wurden. »Mir missfiel das rigide Primat der Ökonomie in den Vorstellungen von Menschen und von Gesellschaft. Aus sozialistischer Sicht gehörte die Seele zum »Überbau«. Angeblich bestimmte die Ökonomie allein die Geschichte. Das materielle Sein bestimmte der Theorie nach das Bewusstsein.«

Lange dachte Elke Regehr ebenso und bemalte das große, von ihr angefertigte Transparent, das beim Vietnam-Kongress 1968 hinter dem Podium hing, mit dem Satz »Die Pflicht des Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen«. Irgendwann hatte sie jedoch von den marxistischen Theoretisierungen der Genossen die Nase voll und wandte sich dem Aktionsrat zur Befreiung der Frauen zu. »Dort wurde die psychische Dimension nicht ausgeklammert, sondern explizit diskutiert«, erinnert sie sich. »Von den Männern im SDS wurden solche Interessen größtenteils belächelt, als ob man sich nicht ganz auf der Höhe des revolutionären Gedankenguts befände.«

Die Frauen, die die Revolte in der Revolte anzettelten, befreiten sich von diesem Anspruch und erdreisteten sich, andere Höhen zu erklimmen. Einen wesentlichen Anteil daran hatte der Kampf gegen den § 218. Auf dieser Ebene –

bedroht von dieser »Frauensache«, einer ungewollten Schwangerschaft, über die frau nicht sprechen durfte, funktionierte es nicht mehr, sich geschlechtsneutral oder gar männlich zu identifizieren – versagte das neutrale Genossenklima. Die Grenzen der weiblichen Anpassungsmöglichkeiten wurden sichtbar und spürbar.

von Ute Kätzel

Die Autorin Jahrgang 1955, ist Autorin des Buches »Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration« (2002), für das sie zahlreiche, 1968

aktive Frauen interviewt hat. Der Band ist in einer Neuausgabe kürzlich im Ulrike Helmer Verlag erschienen. Ute Kätzel war Mitbegründerin des Regensburger Frauenzentrums und Mitglied im Frauenkabarett »Die Schwarze Witwe«, in der Frauenrockband »Medusa« und im »Arbeitskreis Geschichte der Frauen in Regensburg«. Sie hat 13 Jahre für den Bayerischen Rundfunk im Studio Regensburg gearbeitet, wo sie insbesondere aus Wackersdorf berichtete. Heute lebt sie als freie Autorin und Journalistin in Berlin. Kontakt: ukaetzel@aol.com

Der Artikel erschien auch in der Wochenzeitschrift »Freitag«. Wir danken Autorin und Redaktion für die Nachdruckgenehmigung. www.freitag.de

Abschied von Wolfram Bundesmann

Hinter seinem Rücken gab es in der GEW Bayern nichts, konnte es nichts geben, denn er war die personifizierte GEW. Die Vorsitzenden kamen und gingen, die Kontinuität wahrte er. Nachdem Rolf Eckart die kleine Gewerkschaft revolutioniert hatte, stand ihm mit Wolfram ein Geschäftsführer zur Seite, der von Anfang an die neue Richtung durchsetzte und auch prägte. Seither hat sich die Zahl der

Mitglieder fast verdreifacht. Dennoch kannte Wolfram alle Funktionäre und auch viele Mitglieder persönlich. Die Geschäftsstelle wuchs, souverän gemanagt von Wolfram.

Doch weit über die Verwaltungs- und Organisationsarbeit hinaus konnte er die GEW auch nach außen vertreten, aus dem Stegreif Presseerklärungen diktieren, den Landesvorstand überzeugen und notfalls in die richtige Richtung lenken und und ...

Vorbei!

Seinen Abschied haben andere organisiert – hinter seinem Rücken –, er kannte nur das Datum. Vor allem die neue Landesvorsitzende Gele Neubäcker und seine Nachfolgerin Elke Hahn haben geplant und telefoniert und eingeladen. So kamen am 14. Juni in die Katakomben des DGB-Hauses viele, die während seiner langen Amtszeit mit ihm zu tun hatten: Die Vorsitzenden von DGB und SPD, von anderen Gewerkschaften und natürlich von der GEW, die Angestellten und natürlich Mitglieder, Freunde und Bekannte. In den zahlreichen Reden und Präsentationen wurde ein langes Geschäftsführer-Dasein gewürdigt.

Eher routiniert ließ er den Trubel über sich ergehen (nur keine Tränen fließen lassen!), bald danach entschwand er mit seiner Anna in den hohen Norden.

von Hajo Wachsmann



Politisches Engagement bei Studierenden heute

Studienbedingungen verhindern zunehmend ehrenamtliche Aktivitäten

Eine Umfrage des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (AStA) der Uni Hamburg belegt, dass studentische Gremien wie Fachschaftsräte oder Selbstverwaltungsgruppen große Nachwuchsprobleme haben. Immer weniger Studierende engagieren sich neben dem Studium an ihrer Hochschule, was in Zeiten massiver Veränderungen, wie wir sie momentan erleben, zum großen Nachteil der Studierenden selbst gerät. Laut AStA Hamburg möchten sich fast 70 % der befragten Studieren-

den gern engagieren, haben aber keine Zeit dafür. Als Gründe werden vor allem die Studienstrukturen, insbesondere die Bachelor- und Masterstudiengänge, genannt (www.asta-uhh.de).

Auch der Studierendenvertretung in der GEW Bayern ist dieses Problem bekannt.

Die DDS sprach mit Sarah Al-Heli, die an der Uni Würzburg Englisch, Deutsch und Ethik auf Gymnasiallehramt und Magister studiert.

DDS: Sarah, du bist die neu gewählte Sprecherin des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten (LASS) der bayerischen GEW und außerdem in der GEW-Hochschulgruppe Würzburg und in der Tarifinitiative Bayern aktiv. Engagierst du dich darüber hinaus noch in anderen Gremien und Organisationen?

Sarah Al-Heli: Ja, im sozialen Bereich engagierte ich mich bisher ehrenamtlich im Jugendheim und beim Kinderschutzbund. Seit ich studiere, bin ich über die Juso-Hochschulgruppe in der Studierendenvertretung und den Gremien der akademischen Selbstverwaltung aktiv.

Was war der Auslöser für dein politisches Engagement?

Am Anfang meines Studiums war ich vor allem im sozialen und kulturellen Bereich, auch an der Uni, aktiv. Im 4. Semester inszenierte ich ein selbstgeschriebenes Theaterstück zum Thema Hochschulfinanzierung. Da wurde die Juso-Hochschulgruppe hier in Würzburg auf mich aufmerksam und sprach mich an.

Gab oder gibt es Vorbilder für dein Engagement?

Das sind immer Menschen aus meinem direkten Umfeld, z. B. meine Kommilitonin Doris, die auch politisch sehr engagiert ist und mich durch ihr Vorbild ermutigt hat, mich im politischen und gewerkschaftlichen Bereich nicht von Partizipationshürden, auf die besonders Frauen stoßen, abschrecken zu lassen.

Im Vergleich mit der 68er-Generation werden den Jugendlichen und jungen Erwachsenen heute politisches Desinteresse und frühzeitiges Karrieredenken nachgesagt. Erlebst du deine KommilitonInnen so?

Teilweise ja. Ich sehe die Individualisierung und Isolierung der Menschen in unserer Gesellschaft als die Ursache dafür an. Die meisten sehen nur sich selbst und fühlen sich den Strukturen gegenüber ohnmächtig. Politisches Bewusstsein und ein Blick über den Tellerrand fehlen vielen, was meiner Meinung nach nicht individuell, sondern strukturell bedingt



Die GEW-Hochschulgruppe Würzburg von links nach rechts: Daniel Mann, Sarah Al-Heli, Claas Meyer (oben), Silja Kourist, Doris Aschenbrenner (unten).



ist. Engagement wird Studierenden immer schwerer gemacht, da Studienverläufe, etwa durch Bachelor- und Masterstudiengänge, immer gradliniger gemacht werden. Wenn Studierende sich engagieren, ist das oft unkoordiniert und punktuell.

Ohne Solidarität und Organisation ist Veränderung nicht möglich. Gewerkschaftliche Arbeit scheint momentan noch einer der wenigen Dreh- und Angelpunkte zu sein, um meine KommilitonInnen für diese Problematik zu sensibilisieren. Deswegen macht mir die Arbeit in der GEW auch sehr viel Spaß.

Die Wertvorstellungen und gesellschaftspolitischen Ziele der jungen Menschen, die sich 1968 engagierten, waren dieses Jahr ein großes Thema in den Medien. Wie siehst du die 68er?

Damals bewegten die jungen Menschen noch andere Themen als heute. Mit Themen wie z. B. Menschenrechtsver-

letzungen, Außenpolitik oder Kapitalismuskritik scheint man heute nur noch bedingt an Hochschulen mobilisieren zu können. Meine KommilitonInnen gehen ja kaum mehr für ihre vermeintlich unmittelbaren eigenen Interessen (Studiengebühren, Arbeitskampf, Datenschutz) auf die Straße. Die 68er-Bewegung hat einige ihrer Ziele erreicht, aber es gibt noch viel zu tun.

Wenn du StudienanfängerInnen politische Arbeit an der Hochschule schmackhaft machen willst, wie argumentierst du dann?

Ich versuche immer, die Studis inhaltlich da abzuholen, wo sie sind, d. h. sie nicht gleich zu überfordern, sondern auf ihre Sichtweise einzugehen. Es gibt viele Themen, die sich zum Einstieg anbieten, z. B. Studienfinanzierung, Studiengebühren, einfallende Ungebäude, der Hiwi-Job. Ich bin überzeugt, dass es auf jede Einzelne und jeden Einzelnen ankommt und Engagement sich schon dann lohnt, wenn ich nur einer einzigen Person geholfen oder sie zum Nachdenken angeregt habe.

Welche konkreten Vorteile hat es deiner Erfahrung nach, sich als Studi sozialpolitisch zu engagieren?

Die meisten Vorteile sind eher abstrakter Natur. Durch ge-

sellschaftliche Partizipation schwinden der Zynismus und die Hoffnungslosigkeit, die man hat, wenn man z. B. Politik nur über das Fernsehen wahrnimmt. Durch mein Engagement meine ich, einen Einblick bekommen zu haben, wie unser politisches System funktioniert, und zwar auf eine sehr konkrete, realitätsnahe Art. Ich nehme mir einfach die Freiheit heraus, idealistisch zu sein. Ich glaube, man hat ein besseres Lebensgefühl, wenn man nicht einfach alles über sich ergehen lässt und der Meinung ist, man könne eh nichts ändern. Teilhabe ist fundamental wichtig für unsere Demokratie.

Ein »Vorteil« ist sicherlich auch, dass man besser informiert ist und sich dadurch kompetentere Meinungen bilden kann. Ich halte allerdings gar nichts davon, sich nur zu engagieren, um den Lebenslauf zu tunen. Das sind meistens die Menschen, die zwar ihr Amt ausfüllen, aber keinen weiteren Einfluss ausüben, da sie nicht wirklich an ihre Sache glauben.

Veränderung ist dann möglich, wenn ich mit meiner Begeisterung andere anstecken kann. Etwas bewirken zu können, ist in meinen Augen der größte Lohn für meine Arbeit!

Das Interview führte Ute Schmitt

Studierende in die Gewerkschaft holen

Kampagnen der Mitgliederwerbung an Hochschulen

Unter dem in der GEW kursierenden Stichwort »Generationenwechsel« verbirgt sich schlicht, dass der GEW die jungen Mitglieder fehlen. 70 % aller GEW-Mitglieder sind über 50 Jahre alt. Viele haben sich bereits Gedanken gemacht, wie dieses Nachwuchsproblem gelöst werden kann.

Wo wirbt die GEW eigentlich junge Menschen? Neben den klassischen erzieherischen Ausbildungsberufen sind die Hochschulen der Ort, an dem diese organisiert werden können. An den Hochschulen kann ein wichtiger Beitrag zur Mitgliedergewinnung auch für andere Bereiche geleistet werden, wenn die zukünftigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrerinnen und Lehrer die GEW bereits im Studium als Organisation erleben, die ihre Interessen aufgreift.

Wie Mitgliederwerbung an Hochschulen konkret aussieht, soll hier am Beispiel der GEW-Hochschulgruppe der Universität Würzburg gezeigt werden.

Tarifvertragsinitiative (Tarifini)

Die Tarifvertragsinitiative ist eine bundesweite Kampagne, die sich für die Verbesserung der Situation von studentischen Beschäftigten an Hochschulen (studentische Hilfskräfte) einsetzt (www.tarifini.de). In Würzburg gründete die GEW-Hochschulgruppe die Initiative »Hiwü – Hiwis in Würzburg« als Teil der Tarifini (www.hiwue.de).



In Bayern gibt es über 10.000 studentische Beschäftigte an Hochschulen. An der Uni Würzburg sind hiervon ca. 2.700 Hiwis angestellt.

Man könnte meinen, studentische Hilfskräfte hätten einen tollen Job: in gewohntem Umfeld arbeiten, sich weiterbilden, erste Erfahrungen in der Wissenschaft sammeln, mit Dozentinnen und Dozenten zusammenarbeiten und dafür auch noch entlohnt werden.

Doch der »Traumjob Hiwi« hat auch seine Schattenseiten: kurze Vertragslaufzeiten, geringe Entlohnung (6,50 Euro pro Stunde), doppeltes Abhängigkeitsverhältnis zur Arbeitgeberin oder zum Arbeitgeber und Missachtung der gesetzlichen Mindeststandards – um nur wenige Konfliktpotenziale zu nennen.

Die meisten Verträge gelten weniger als sechs Monate (ein Semester), obwohl oft an diesen Tätigkeiten Bedarf weit über diese Befristung hinaus besteht. Diese Kettenverträge werden oft über Jahre hinweg immer wieder verlängert. Dies hat zur Folge, dass Hiwi-Jobs eine sehr unsichere Angele-

genheit sind und keine zuverlässige Planung der Studienfinanzierung ermöglichen.

Hiwis leisten aber wichtige und notwendige Arbeit, ohne die die Uni nicht funktionieren würde: sowohl in Verwaltung und Technik als auch in Forschung und Lehre. Sie geben Tutorien, korrigieren Klausuren, verwalten Studiengebühren, arbeiten in der Bibliothek, warten Webseiten, kümmern sich um Cip-Pools – um nur wenige Tätigkeiten von Hiwis zu nennen.

Ein extremes Beispiel dafür, wie sorglos die Uni mit Hiwis umgeht, zeigte der Fall einer Studentin an der Uni Würzburg, die ihren Vertrag aufgrund ihrer chronischen Krankheit nicht verlängert bekam. Die GEW-Hochschulgruppe schaltete daraufhin den Schwerbehindertenbeauftragten der Uni ein, welcher erwirkte, dass die Studentin wieder beschäftigt wurde, da sie bevorzugt eingestellt werden muss. Dieser Fall zeigt, dass eine Interessenvertretung für Hiwis wichtig ist, um im schlimmsten Fall Diskriminierung zu bekämpfen.

Ein weiterer häufiger Missstand ist die Vernachlässigung des Urlaubsanspruchs und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Im Zuge der Bemühungen unserer GEW-Hochschulgruppe wurde nun ein Fragebogen an alle studentischen Hilfskräfte von der Studierendenvertretung verschickt, um die Situation besser bewerten zu können. Die Auswertung steht noch aus. Außerdem organisiert die Hochschulgruppe jedes Semester eine Veranstaltung zum Thema Arbeitsrechte für Hiwis und verteilt regelmäßig Infomaterial zum Hiwi-Job.

Die Tarifiini ist ein wichtiger Ansatzpunkt, Studierende für gewerkschaftliche Themen zu sensibilisieren und zu organisieren. Hiwis sind bereits ArbeitnehmerInnen, die schon während der Ausbildung bzw. des Studiums an prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Ausbeutung gewöhnt werden. Hiwi-Jobs sind nur der erste Schritt in Richtung Selbstausbeutung an der Hochschule. Hier lässt sich inhaltlich und organisatorisch sehr gut an andere Beschäftigungsgruppen wie z. B. SekretärInnen, wissenschaftliche Hilfskräfte und Lehrbeauftragte anknüpfen.

Das Campus Office des DGB

»Studentsatwork« ist ein bundesweites Projekt der DGB-Jugend (www.dgb-jugend.de/studium). Dieses unterstützt und koordiniert die DGB-Campus-Büros. In diesen bieten gewerkschaftliche Studierende kostenfreie sozial- und arbeitsrechtliche Anfangsberatung an (selbstverständlich keine Rechtsberatung). Die Beratung können auch Nicht-Mitglieder in Anspruch nehmen. Ein DGB-Campus-Office kann eine sinnvolle Ergänzung zur übrigen GEW-Hoch-

schularbeit sein. In Würzburg laufen gerade die Vorbereitungen, um spätestens im Sommersemester 2009 mit der Beratung zu starten. Der DGB bietet dazu Schulungen für BeraterInnen an, deren Kosten er komplett trägt. Auch Material wird teilweise zur Verfügung gestellt. Die übrige Finanzierung (z. B. Honorare für BeraterInnen) kann über die Einzelgewerkschaften vor Ort laufen.

Ein DGB-Campus-Office ist wichtig, um die Präsenz der Gewerkschaften an Hochschulen zu erhöhen und gezielt neue Mitglieder, in diesem Fall erwerbstätige Studierende, in die gewerkschaftliche Arbeit einzubinden und zu werben.

Lehramtskampagne

Wie der Name schon sagt, ist die Zielgruppe dieser Kampagne die Gruppe der Lehramtsstudierenden. Da die GEW bei vielen immer noch als »die Lehrgewerkschaft« wahrgenommen wird, sollte die Lehramtskampagne möglichst von anderen Kampagnen ergänzt werden.

Kampagnen wie diese sind weiterhin wichtig, um studentischen Aktivitäten, die meist von großer Fluktuation gekennzeichnet sind, Kontinuität zu geben und einen finanziellen Rahmen zu schaffen.

Perspektivisch ist anzudenken, Mitgliederwerbung an Hochschulen bereits im Ansatz offener zu gestalten.

Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS)

Aufgrund der erfolgreichen Arbeit vor Ort beschloss die GEW-Hochschulgruppe Würzburg, den LASS wiederzubeleben. Uns ist wichtig, dass wir unsere Arbeit über Vernetzung noch nachhaltiger machen. Denn eine Kampagne, die nur ein paar Semester an einem Hochschulstandort läuft, ist schnell wieder vergessen.

Die GEW-Hochschulgruppe Würzburg besteht derzeit aus vier bis sieben Aktiven, von denen zwei in der Lehramtskampagne beschäftigt sind und zwei über die GEW-Hochschulgruppenliste in die uniweite Studierendenvertretung (SprecherInnenrat) gewählt sind. Wir sind seit einem Jahr aktiv und erfahren erst langsam, dass die Akzeptanz der GEW unter den Studis wächst. Studierendenarbeit an Hochschulen braucht Kontinuität, d. h. auch die langfristige Unterstützung der Kreis-, Bezirks- und Landesverbände.

von Sarah Al-Heli

GEW HSG u. Lehramtskampagne Würzburg, LASS Bayern
sarah.alheli@bayern.gew.de



Sarah Al-Heli bei einer Veranstaltung für studentische Hilfskräfte

PISA E:

Bayern hat gewonnen, Bayern hat verloren, Bayern hat gewonnen, Bayern hat verloren ...



Foto: imago/Kristin Schnell

Die Ergebnisse des Bundesländervergleichs PISA E, die am 18. November veröffentlicht wurden, brachten einige Überraschungen:

Sieger ist Sachsen geworden, Bayern hat seinen Spitzenplatz 1 verloren und ist an die zweite Stelle gerückt. Um einen Platz nach hinten zu fallen, noch dazu bei geringen Abständen zum Sieger, das ist nicht das Problem. Der Skandal für Bayern ist, dass es nach wie vor den traurigen Rekord hält, was die Benachteiligungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund betrifft. Bei der Lesekompetenz erreichen »einheimische« Jugendliche in Bayern im Durchschnitt 534 Punkte, Jugendliche mit Migrationshintergrund dagegen nur 468 Punkte. Die 66 Punkte Differenz entsprechen etwa einem Lernfortschritt von zwei Schuljahren. Noch krasser ist der Unterschied in den Naturwissenschaften: Jugendliche, deren beide Eltern nicht in der BRD geboren sind, liegen gegenüber in Deutschland geborenen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (die bundesweit die meisten Punkte erreichen) um über drei Jahre zurück.

Die schlechtesten Ergebnisse haben Jugendliche der zweiten Generation, deren beide Eltern im Ausland geboren sind. Bayern bewegt sich mit diesen Zahlen im Bereich der sogenannten Stadtstaaten, die ganz andere Probleme und Strukturen haben als unser Flächenland. PISA E liefert den ernüchternden Beweis, dass Bayern, was die Integration von MigrantInnen betrifft, nach wie vor ein Entwicklungsland ist.

Einen weiteren traurigen Rekord hält Bayern auch nach wie vor: Gerade einmal acht Prozent der SchülerInnen an Bayerns Gymnasien kommen aus Arbeiterfamilien. Der Anteil an GymnasiastInnen, die aus Familien der sogenannten »oberen Dienstklasse« kommen, ist mit 47 % noch immer deutlich größer als der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung. Auch wenn sich hier eine Tendenz zur

Abnahme dieser »sozialen Disparitäten« abzeichnet, ist dieses Ergebnis nicht zufriedenstellend.

Alles andere als ein Grund zur Euphorie sind auch die Gesamtergebnisse in allen drei Bereichen. Bayern stagniert, was die Durchschnittsergebnisse betrifft, im Lesen, und macht in der Mathematik nur geringe Fortschritte.

Die Mittelwerte sind seit 2000 weitestgehend unverändert. Andere Bundesländer entwickelten eine ganz andere Dynamik. Sachsen-Anhalt z. B. gewann im Bereich Lesen 32 Punkte dazu. Bremen, nach wie vor auf dem letzten Platz, steigerte sich hier um 26 Punkte. Fünf Bundesländer (Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Bremen) gewannen in Mathematik mehr als 20 Punkte dazu. Selbst in den Naturwissenschaften, wo Bayern aufgrund seiner guten Ausgangslage zur internationalen Spitze zählt, können zehn Bundesländer höhere Punktgewinne verzeichnen.

Bayerns Kultusminister geht bei der Interpretation der PISA-Ergebnisse vor, wie LehrerInnen bei der Benotung vorgehen müssen. Nicht die erfolgreichen Bemühungen um einen Fortschritt werden honoriert, sondern der Rangplatz in der Gesamtgruppe. Wer gut war und wieder gut ist, wird honoriert, wer dagegen nicht so gut war und besser geworden ist, »fällt unter den Tisch«. Würden die Fortschritte der einzelnen Bundesländer in eine Rangfolge gebracht, ergäbe sich ein ganz anderes Bild: An erster Stelle wäre Sachsen-Anhalt mit insgesamt 101 Kompetenzpunkten mehr als 2000, gefolgt von Brandenburg mit 99. Sachsen, der Gewinner, läge auf Platz vier mit 85 Punkten und die Schlusslichter wären Bayern mit einem Gewinn von 32 Punkten und Baden-Württemberg mit 22.

Alles eine Frage der Perspektive?

von Gele Neubäcker
Vorsitzende der GEW Bayern



GEW befragt LehrerInnen und SchulleiterInnen

Aufruf zur Teilnahme

In der ersten Dezemberwoche startet die GEW unter ihren Mitgliedern eine repräsentative Online-Befragung. Nachdem die KultusministerInnen der Länder es abgelehnt haben, sich an TALIS (Teaching and Learning International Survey), einer internationalen Befragung der OECD, zu beteiligen, machen wir es jetzt selbst. Auch wenn es unsere politisch Verantwortlichen nicht interessiert – wir wollen unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben zu sagen, was sie über ihre berufliche Situation denken.

24 Länder der OECD nehmen teil. Sie haben eingeschrieben, dass Bildungsfragen nur erfolgreich angegangen werden können, wenn die berufliche Situation, das professionelle Wissen und Können sowie die Einstellungen der Leh-

rerInnen und SchulleiterInnen einbezogen werden. Wir wollen, dass die LehrerInnen und SchulleiterInnen in Deutschland sich an der internationalen Debatte über die Weiterentwicklung ihrer Profession beteiligen können. Deshalb führen wir die Befragung mit Wissen der OECD auf der Grundlage der TALIS-Fragebögen durch. Die Daten verbleiben bei der GEW, die Auswertung übernehmen unsere ExpertInnen.

Die repräsentativ gezogene Stichprobe wird per E-Mail benachrichtigt – bitte unbedingt teilnehmen! Alle übrigen können sich für eine Sonderauswertung ab Anfang Dezember über die Homepage der GEW beteiligen: www.gew.de.

Trau Dich! Ein Wettbewerb für junge Leute.

Symbole im Klassenzimmer, kollektives Mobbing im Internet – solche Konflikte gefährden die demokratische Kultur unserer Gesellschaft. Aber es geht auch anders: Einzelne junge Menschen, Klassen oder Jugendgruppen halten dagegen und beweisen Zivilcourage. Oft schlägt sich dieses Engagement in ganz konkreten Projekten nieder – Initiativen, die es verdient haben, sie einer größeren Öffentlichkeit bekanntzumachen.

Die GEW sucht solche Projekte engagierten Handelns und hat einen Wettbewerb ausgeschrieben. Gesucht sind Projekte,

- die gesellschaftliche Missstände anprangern und beenden,
- die die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit thematisieren,
- die den Schwachen und Benachteiligten in unserer Gesellschaft helfen,
- die sich für mehr Demokratie im Alltag junger Menschen engagieren.

Wer kann teilnehmen?

An dem Wettbewerb, den das Bildungs- und Förderungswerk der GEW (BFW) finanziert, können sich junge Menschen aus Bayern im Alter von zwölf bis 20 Jahren beteiligen. Das Engagement Einzelner, ob in Schule, Ausbildungsbetrieb oder Jugendzentrum, ist dabei ebenso willkommen wie die Beteiligung ganzer Klassen, Gruppen oder Kurse.



Was gibt es zu gewinnen?

Die Gewinner des Wettbewerbs haben die Chance, vom 25. bis 28. April 2009 an einem Workshop der politischen Bildung teilzunehmen. Dazu werden jeweils zwei Team-Mitglieder, eine Lehrkraft oder ein Betreuer der sechs interessantesten Projekte nach Nürnberg eingeladen. Außerdem gibt es für jedes Gewinner-Team eine digitale Videokamera – damit die Projektarbeit in Zukunft noch besser dokumentiert werden kann.

Die Preisverleihung findet auf dem Gewerkschaftstag der GEW am 27. April 2009 in Nürnberg statt. Dort können sich die Projekte zudem in einer Ausstellung präsentieren.

Interessierte Jugendliche oder Gruppen bewerben sich mit dem Anmeldebogen und einer Projektbeschreibung (nicht mehr als eine DIN-A4-Seite). Um die Initiative anschaulicher zu machen, können Fotos, Dokumente und Zeitungsartikel angehängt werden.

Die Bewerbungen müssen bis zum **19. Dezember 2008** eingegangen sein bei:

GEW-Hauptvorstand, Stichwort »Trau dich!«
Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a. M.
Den Flyer zum Wettbewerb gibt es im Internet unter:
www.gew.de/Trau_dich.html

Fachtag der GEW Bayern für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst



Samstag, 7. Februar 2009 von 9.00 - 17.00 Uhr

Neues Berufsschulzentrum München für Medienberufe, Riesstr. 30-44

Selbstbewusst und solidarisch durchs Arbeitsleben

Programm:

- 9.00 Uhr Einlass und Stehkafee
- 9.30 Uhr Begrüßung Gele Neubäcker, Vorsitzende der GEW Bayern
- 9.45 Uhr Referat von Dr. Peter Vogt (Reha-Spezialist): **Gesundheit in pädagogischen Berufen – ErzieherInnengesundheit**
- 11.30 Uhr Wir diskutieren über das Referat und die Umsetzung in unseren Arbeitsalltag:
mit Dr. Peter Vogt, Wolfgang Nördlinger, Iris Klemenz, Gretl Danner. Moderation: Elke Hahn
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr Arbeitsgruppen (siehe unten)
- 16.00 Uhr Forum Gewerkschaften: **Durchhalten bis zur Rente mit 67?!**
Mit Günther Mitteregger, Bernhard Eibeck, Verena Escherich. Moderation: Elke Hahn
- 17.00 Uhr Ende

Arbeitsgruppen:

- 1 Praktische Hilfen zur Stressbewältigung. Mit Dr. Peter Vogt
 - 2 Jung und Alt im Team: Generationskonflikt oder Chance zum wechselseitigen Lernen?!
 - 3 Arbeitsschutz für sozialpädagogische Berufe
 - 4 Mit der GEW zum Haustarif
 - 5 TVöD – Fortschritte in der Eingruppierung/Entgeltordnung
 - 6 Befristete und prekäre Arbeitsverhältnisse:
Ursachen – Auswirkungen – Handlungsmöglichkeiten:
 - 7 Selbstbewusst mit BayKiBiG arbeiten:
Konsultationseinrichtung, Altersmischung, Integration
 - 8 Gründungsberatung zur Sicherung der Trägerqualität
– betriebliche und überbetriebliche Handlungsmöglichkeiten
 - 9 Aus der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten
 - 10 Mediation und Konfliktmanagement
 - 11 Selbsterfahrung und politische Aktion: Heraus aus der Sackgasse!
 - 12 Das Gehirn ausmisten – Kraft schöpfen für den Arbeitsalltag
 - 13 Fortbildung, Supervision und Coaching
 - 14 Von der Kinderpflegerin zum Bachelor: Was eine gute Ausbildung ausmacht!
 - 15 Arbeitssicherheit ernst nehmen – erst recht in pädagogischen Einrichtungen!
 - 16 Leistungsorientierte Bezahlung in pädagogischen Einrichtungen: Ein krummes Ding gerade klopfen!?
 - 17 Strategien gegen Überlastung
 - 18 Aufsichtspflicht und Arbeitnehmerhaftung
 - 19 Zwischen Schule und Familie: Prävention von Burn-out in der Hortpädagogik
 - 20 Psychohygiene bei sozialer Arbeit mit Klienten
 - 21 Elternarbeit mit Migrantenfamilien: Effektiv und nachhaltig
- Änderungen/Ausfall von Arbeitsgruppen sind nicht vorhersehbar, daher möglich.



Fotos: Imago

»Wer nicht kämpft, hat schon verloren«

Auch die Lebenshilfe Kronach fordert eine Tarifbindung

Brandaktuell ist die Nachricht, dass die Verhandlungen für einen Haustarif mit der Lebenshilfe Kronach e.V. erst einmal gescheitert sind.

Die Kronacher Lebenshilfe ist mit über 100 Beschäftigten ein mittlerer Arbeitgeber und hat in der Grenzregion Oberfrankens quasi eine Monopolstellung für die Arbeit mit behinderten Menschen. Von der Frühförderung bis zum Wohnheim umfasst sie alle Bereiche einer Behinderteneinrichtung, ausgenommen die Werkstatt für behinderte Menschen.

Jahrzehntelang lief es gut mit dem einzelvertraglich vereinbarten BAT Bund-Länder, sämtliche Lohnerhöhungen wurden bis 2004 übernommen. In der Übergangssituation zum TVöD verhielt sich die Lebenshilfe abwartend, zahlte immerhin noch einen Großteil der Einmalzahlungen. Andere Haustarife, z.B. mit der Lebenshilfe Erlangen und den Regnitzwerkstätten, wurden inzwischen positiv weiterverhandelt, die Caritas erreichte im Juli 2008 TVöD-Niveau.

Auch die Lebenshilfe Kronach hat seit 2005 einen Haustarif versprochen. Die Beschäftigten der Lebenshilfe Kronach sind auch bereit, für ihr Ziel, einen Haustarif, Opfer zu bringen: für 2008 nur die halbe Lohnerhöhung, Anrechnung von Einmalzahlungen plus Sonderkündigungsrecht, falls die Verhandlungen mit dem Bezirk um eine Erhöhung des Refinanzierungsbetrages keinen Erfolg haben.

Nachdem ver.di und dieGEW den Manteltarif detailliert ausgehandelt haben, weigert sich die Lebenshilfe aber konstant, auch die Lohnerhöhungen des TVöD für 2008 und 2009 zu übernehmen. Daran scheiterten nun die Verhandlungen für einen Haustarif.

Zum Zeichen ihrer Entschlossenheit haben die ArbeitnehmerInnen der Lebenshilfe Kronach am Abend des 18.11. eine stumme Protestaktion vor der Mitgliederversammlung des Vereins Lebenshilfe abgehalten. Ihr Motto war eindeutig: Haustarif – Ja!

von Günther Schedel-Gschwendtner

Vorstand der Lebenshilfe Kronach bricht Tarifverhandlungen ab – Beschäftigte kämpfen weiter um einen Tarifvertrag

Für einen Wortbruch halten die Gewerkschaften GEW und ver.di und über 80 % der Beschäftigten der Lebenshilfe Kronach das Verhalten ihres Vorstands. Dieser hatte seit dem Frühjahr 2005 versprochen, mittels eines Haustarifvertrages den alten BAT durch den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, TVöD, zu ersetzen und eine Tarifbindung herzustellen. Bislang wurde der BAT nur arbeitsvertraglich vereinbart.

Seit 2005 warten die MitarbeiterInnen (viele von ihnen sind Teilzeitkräfte) auf die Erfüllung des Versprechens und spätestens seit Januar 2008 auf die dringend benötigten Lohnerhöhungen. Die im Juni 2007 begonnenen Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften GEW und ver.di waren mit der Erwartung verbunden, endlich mit den anderen Lebenshilfen Oberfrankens, die alle an den TVöD tarifgebunden sind, gleichzuziehen und dieselben Arbeitsbedingungen und Einkommen zu erreichen.

In den einjährigen Verhandlungen ist ein Tarifergebnis entstanden, das sich sehen lassen konnte. Seit September 2008 weigert sich die Lebenshilfe aber strikt, die Vergütungserhöhungen, die es im öffentlichen Dienst zum 01.01.2008 gab, zu übernehmen. Selbst die Zugeständnisse der Beschäftigten und der Gewerkschaften, die Lohnerhöhung auf den 01.07.2008 und die Umstellung auf den TVöD auf den 01.01.2009 zu verschieben, halfen nicht. Der Vorstand der Lebenshilfe hat die Tarifverhandlungen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, was einem Abbruch gleichkommt.

Um dennoch eine Lösung im Sinne der Beschäftigten zu erreichen, fordern diese und ihre Gewerkschaften, dass

die Verhandlungen noch heuer wieder aufgenommen werden.

Nur von symbolischen Einmalzahlungen können ArbeitnehmerInnen auf Dauer nicht leben. Viele haben mittlerweile einen Zweitjob, um ihre Lebenshaltungskosten zu finanzieren. Dabei stellt sich die Lebenshilfe Kronach als finanziell gesundes Unternehmen dar, das nach Aussagen des Geschäftsführers keine Sanierung nötig habe.

Gewerkschaften und Beschäftigte halten an der Forderung fest, mit den vergleichbaren Einrichtungen der Behindertenhilfe in Oberfranken (und anderswo) gleichgestellt zu werden. Die geforderten Lohnsteigerungen sind nicht viel mehr als ein gerechter Inflationsausgleich für gestiegene Energie-, Lebensmittel- und sonstige Kosten – und sie sind auch Ausdruck wirtschaftlicher Vernunft.

Denn: Ein Haustarif ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal für eine Einrichtung, deren Aufgabe es ist, behinderten Menschen eine gerechte Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Durch den Abschluss eines Tarifvertrages werden die berechtigten Bedürfnisse der Beschäftigten respektiert. Er dient auch dazu, die Berufe in der Behindertenhilfe attraktiv für die nachfolgenden Generationen zu erhalten und auch das derzeitige Personal an den Träger zu binden.

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften ver.di und GEW werden nach dem Scheitern der Verhandlungen nicht die Hände in den Schoß legen, sondern gemeinsam mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für einen Haustarifvertrag mit der Lebenshilfe Kronach kämpfen.

**von Günther Schedel-Gschwendtner (GEW)
und Irene Götz (ver.di)**

Auftakt zur Tarif- und Besoldungsrunde TV-L '09

Eine angemessene Entgelterhöhung und die zeitnahe Verhandlung der Eingruppierung von Lehrkräften – dies wären nach Meinung von Peter Jonas, Referent für Tarifpolitik beim GEW-Hauptvorstand, zwei Schwerpunkte der Tarif- und Besoldungsrunde TV-L 2009. Vor angestellten Lehrkräften aus ganz Bayern referierte er in Nürnberg über die Vorbereitungen und die Eckdaten der kommenden Tarifrunde.



AG mit Peter Jonas (links)



Zunächst musste aber der geplante Ablauf des Tagesseminars umgestellt werden, weil Peter Jonas wegen einer Zugverspätung den geplanten Termin nicht einhalten konnte: Das Seminar begann – in Absprache mit den weiteren Referenten – mit den verschiedenen Arbeitsgruppen.

Günther Schedel-Gschwendtner leitete die Arbeitsgruppe, die sich mit besonderen Fragen zum TVöD beschäftigte. Hier trafen sich Interessierte aus jenen kommunalen und privaten Einrichtungen, für die der TVöD als Tarifvertrag oder einzelvertraglich gilt. Als eine besondere Gruppe finden sich hier die unterrichtenden SozialpädagogInnen. Sie sind an diversen Fachakademien und Berufsfachschulen in Bayern in der Funktion von Lehrkräften beschäftigt, werden aber schlechter eingruppiert als FachlehrerInnen. Ihr Hauptanliegen ist daher, dass ihre Eingruppierung um mindestens eine Stufe verbessert wird. Dabei ist v. a. ihre Tätigkeit bei der Theorie-Praxis-Vermittlung zu berücksichtigen, die ja das Kernstück der Berufsbildung ausmacht. Darüber hinaus forderten sie in der Diskussion, dass die tarifliche Eingruppierung auch für diejenigen Beschäftigten besser geregelt werden muss, die ansonsten durch das übliche Raster nach unten fallen (SeiteneinsteigerInnen, Beschäftigte mit ausländischer Qualifikation). Außerdem müssten neue Abschlüsse wie z.B. der Masterabschluss tariflich eingeordnet werden.

In den Arbeitsgruppen »TV-L« mit Hans Schuster und »Montessori-Beschäftigte« mit Peter Weiß wurden im internen Kreis spezifische Fragen der jeweiligen Arbeitsverhältnisse erörtert und beantwortet.

Die Gruppe »Aktiv Tarifpolitik gestalten« unter der Leitung von Joachim-Peter Graf und Manfred Doetsch führte eine grundsätzliche Diskussion über die Möglichkeiten von Tarifarbeit innerhalb der GEW Bayern. Es wurde eine ganze Reihe von Problemen angesprochen, die die KollegInnen bedrängen und für deren Beseitigung sie zu mobilisieren wä-

ren, wie z. B. die Leistungsbezahlung, die fehlenden Lehrkräfte und die damit einhergehende zusätzliche Arbeitsüberlastung der Beschäftigten, das Arbeitszeitkonto oder generell die Frage der Definition der Arbeitszeit von Lehrkräften.

Mit geeigneten Tarifinformationen müssten die Zielgruppen direkt angesprochen werden. Die Arbeitsgruppe schlug dafür vor, z. B. ein Musterreferat zu erstellen, mittels dessen PersonalrätInnen die Thematik leichter in Personalversammlungen einbringen und erörtern könnten. Nicht nur die KollegInnen in den Einrichtungen wollten und müssten persönlich angesprochen werden; auch die Eltern und SchülerInnen wären mit ins Boot zu holen, wenn man in Schulen und Tagesstätten Aktionen plane.

Schließlich bedürfe es klarer, prägnanter Tarifforderungen, mit denen die Beschäftigten in ihrem Arbeitsfeld angesprochen werden können und für die sie sich engagieren wollen. Insgesamt wurde die Pressearbeit als sehr wichtiges Instrument eingeschätzt, um die Öffentlichkeit zu informieren und für die Ziele der Tarifrunde zu gewinnen.

Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass die KollegInnen in den Betrieben erleben müssten, dass sich persönliches Engagement für sie auch auszahle: Professionell ist demnach, wer seine Interessen in die eigenen Hände nimmt, so die Meinung der Anwesenden.

Peter Jonas referierte anschließend zur Tarifrunde 2009 die folgenden Argumente:

Höheres Entgelt und höhere Besoldung

Im Januar 2009 beginnt die Tarifrunde im Länderbereich. Die Bundestarifkommission der GEW hatte hierzu im September den Rahmen für die Forderungsdiskussion beschlossen. Im Mittelpunkt steht dabei eine deutliche Erhöhung der Bezahlung, wobei sowohl der Tarifbereich als auch der Bereich der Beamtinnen und Beamten gemeint ist. Denn nur durch eine verstärkte Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Tarifaufeinandersetzung lässt sich ein weiteres Auseinanderlaufen von Besoldung und Arbeitsentgelt vermeiden. Zudem wird hierdurch eine weitgehend bundeseinheitliche Besoldung bei gleicher Tätigkeit und Aus-

bildung gegen die Länderpolitik zur Besoldungsföderalisierung gesichert.

Öffentliche Daseinsvorsorge finanzieren

Seit Jahren werden die öffentlichen Haushalte mit einer verfehlten Finanz- und Steuerpolitik saniert. Schwindenden Steuereinnahmen wird hinterhergespart. Leidtragende sind auch die Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden, deren Arbeits- und Einkommensbedingungen sich zunehmend verschlechtern haben. Dass es Arbeitgebern nicht um bessere öffentliche Daseinsvorsorge, eine bessere Bildung und Erziehung geht, zeigt die jüngste Entwicklung: Während über klamme Kassen geklagt wird, werden von der Bundesregierung über Nacht Milliarden locker gemacht, um spekulationsfreudige Banken zu sanieren. Die Gewinne sollen privatisiert und die Risiken vergesellschaftet werden.

Dabei ist man eifrig bemüht zu verschweigen, dass die Finanzkrise auch die Folge einer verfehlten Einkommenspolitik ist. Seit Jahren geht die Kluft zwischen den Gewinnen und den Arbeitseinkommen weiter auseinander. Auch 2007 ist der neutrale Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft worden, wodurch eine weitere Umverteilung zugunsten der Gewinne stattgefunden hat. Wachsende Gewinne haben aber nicht zu mehr Investitionen geführt, sondern zu einem Aufblähen der Finanzmärkte. Eine Ursache hierfür ist auch die schwache Binnennachfrage. Deutschland bildet im europäischen Vergleich bei der Entwicklung der Reallöhne das Schlusslicht.

Kassen sind gefüllt

Auch die Länder müssen ihrer Verantwortung für die Volkswirtschaft nachkommen und als Nachfrager sowie als Arbeitgeber und Dienstherrn ihren Anteil zur Stärkung der Binnennachfrage leisten. Das Geld für mehr staatliche Verantwortung und Gestaltung ist vorhanden. Die Staatsausgaben befinden sich seit Jahren in einem Sinkflug. Zudem sind die Landeskassen gut gefüllt. Allein bis Ende Juli 2008 haben sich die Einnahmen der Länder gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,3 Prozent erhöht. In den Flächenländern stiegen die Einnahmen bis Ende Juli 2008 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,8 Prozent im Westen und um 4,2 Prozent im Osten. Bei den Stadtstaaten betrug die Einnahmesteigerung sogar 10,8 Prozent.

Gute Bildungsarbeit braucht gute Bezahlung

Die GEW setzt sich für gute Arbeitsbedingungen an Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen ein. Hierzu gehört auch der Kampf um eine Entlohnung und Besoldung, die die Tätigkeit als LehrerIn im Bereich der schulischen Sozialarbeit und insbesondere für jüngere Menschen wieder lohnenswert macht. Das Gleiche gilt für die Beschäftigten an Hochschulen und in Forschungseinrichtungen.

Ansonsten wird die Bildung im Wettbewerb um die besten Köpfe von morgen weiter ins Hintertreffen geraten.

Die GEW setzt sich für eine gerechte Bezahlung nach Leistung ein. Denn eine wirkliche Leistungsbezahlung ist eine gute Bezahlung nach Qualifikation und Verantwortung und nicht »nach Nasen« oder Vorgesetztenurteil.

Die Tarif- und Besoldungsrunde 2009 ist eine Runde für die Bildung

Die kommende Tarif- und Besoldungsaueinandersetzung mit den Ländern betrifft vor allem den schulischen Bildungsbereich. Von den bei den Ländern insgesamt ca. 1,95 Mio. beschäftigten BeamtInnen und ArbeitnehmerInnen sind ca. 1 Mio. in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Erziehung tätig. An den Schulen sind rund 940.000 Personen als LehrerInnen und als Fachpersonal in der schulischen Sozialarbeit beschäftigt. Allein diese Zahlen verdeutlichen, dass die Arbeitgeber in der Tarif- und Besoldungsrunde diesen Bildungsbereich im besonderen Maße im Blick haben. Sie verdeutlichen aber auch das große Potenzial, das zur Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaften zur Verfügung steht.

Auch die Beamtinnen und Beamten sind gefordert

Mehr als die Hälfte der ca. 1,25 Mio. LandesbeamtInnen sind im Schuldienst beschäftigt. Ihre Besoldung wird durch Landesgesetz geregelt. Wir wollen keinen Besoldungsföderalismus und keine Abkopplung der Besoldung für Lehrerinnen und Lehrer von der allgemeinen Bezahlungsentwicklung im öffentlichen Dienst, denn die Nutznießer wären die Länder als Arbeitgeber und Dienstherrn. Die VerliererInnen wären insbesondere die beamteten Lehrerinnen und Lehrer in den finanzschwächeren Ländern. Deshalb sind auch die im Beamtenverhältnis beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer gefordert, sich aktiv in die Tarif- und Besoldungsaueinandersetzung 2009 einzubringen. Die GEW fordert, dass das Verhandlungsergebnis der Tarif- und Besoldungsrunde 2009 zeit- und wirkungsgleich in das Besoldungsrecht übertragen wird.

Harte Auseinandersetzung

Die GEW erwartet für die Tarif- und Besoldungsrunde 2009 eine harte Auseinandersetzung mit den Ländern. Deshalb müssen die Verhandlungen gut vorbereitet werden. Das betrifft auch die Bereitschaft, die Verhandlungsrunden im Januar und Februar 2009 mit Aktionen und Warnstreiks zu begleiten. Deshalb müssen jetzt die Forderungen diskutiert werden, damit sie von einer großen Anzahl von Beschäftigten mitgetragen werden. Die GEW-Bundestarifkommission wird in Auswertung dieser Diskussion die Forderungen am 4. Dezember 2008 beschließen.

von Ilona Deckwerth

als stellvertretende GEW-Landesvorsitzende zuständig für Tarifpolitik

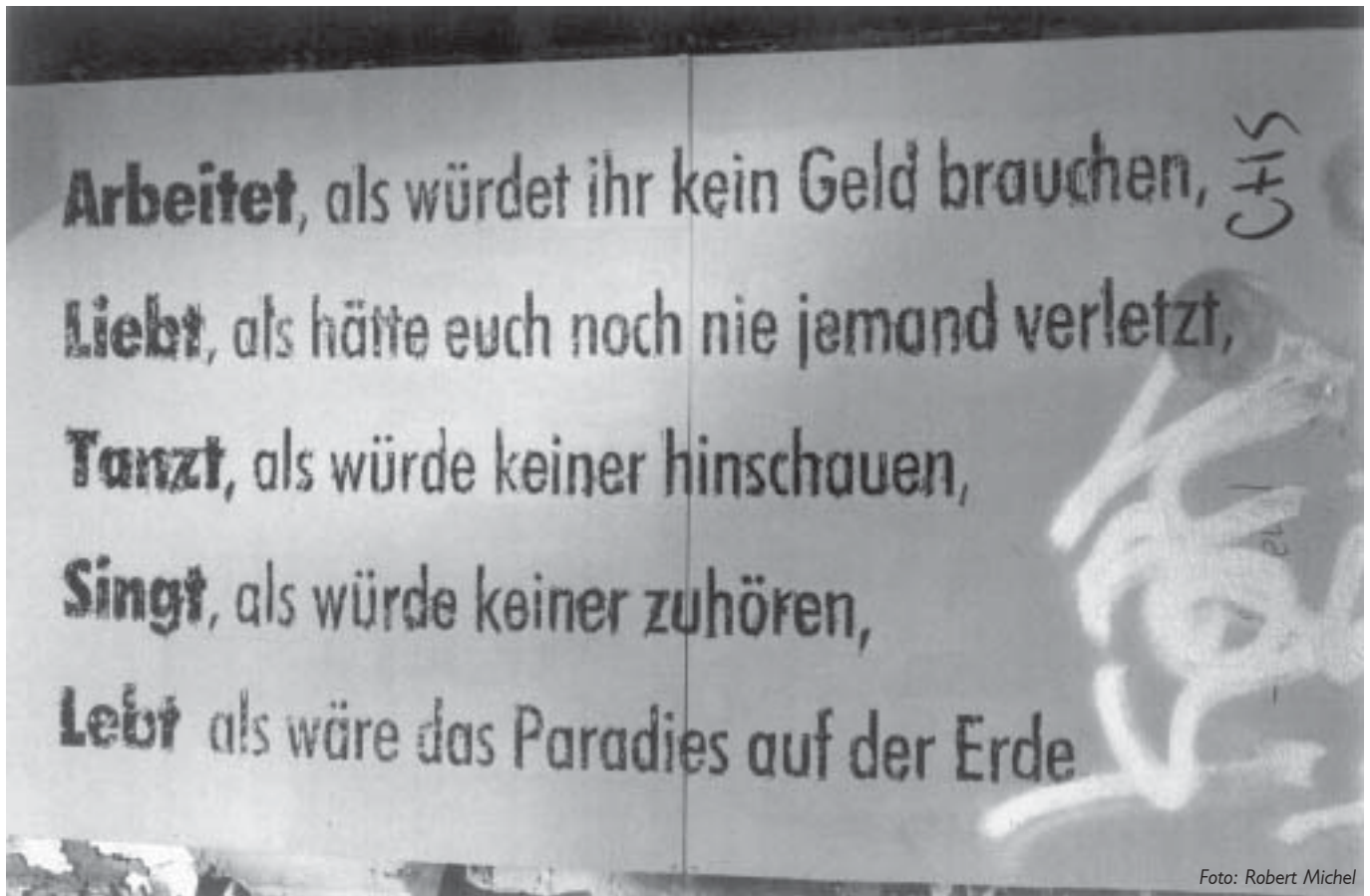


Foto: Robert Michel

Jammern auf hohem Niveau?

Ein Kommentar zur wissenschaftlichen Karriere und zu den Arbeitsplatzproblemen einer »Lehrkraft für besondere Aufgaben«

In spürbarer Menge machen Studiengebühren seit ihrer Einführung universitäre LektorInnenstellen möglich, die unter dem etwas unbestimmten Namen »Lehrkraft für besondere Aufgaben« in die bürokratische Sprache eingegangen sind. Diese LektorInnenstellen müssen »der Verbesserung der Lehre« dienlich sein und sind nach Ankauf von Beamten und Büchern sicherlich ein sinnvoller Weg, um die im Sommer 2007 gegen geringe Proteste eingeführten Studiengebühren semesterweise kleinzukriegen. Zumindest geistes- und sozialwissenschaftlichen Instituten ist es neu, über derart viel Geld zu verfügen.

Befristet und flexibel

Bemerkenswert viele frühere Lehrbeauftragte, die für ein mehr als geringes Honorar Seminare angeboten hatten, können seither eine solche, meist auf zwei Jahre befristete, mit Studiengebühren finanzierte TV-L-13-Stelle (Tarifvertrag der Länder, Entgeltgruppe 13) zumindest übergangsweise in Anspruch nehmen und sind weniger auf Volkshochschulen, Job- oder Callcenter, freie Lektoratsarbeiten und dergleichen prekäre Arbeitsverhältnisse angewiesen. Oft allerdings ziehen sie dabei quer durch die Republik, denn eine sozialversicherungspflichtige Stelle im Wissenschaftsbetrieb

lässt sich schwer ausschlagen, Familienleben ordnet sich dem fast schon selbstverständlich unter.

Mehr Lehre – weniger Wissenschaft

Mit Lehrdeputaten von 13 bis 18 Semesterwochenstunden schießt an den Universitäten so auch die Zahl der Lehrveranstaltungen im Grundstudium in die Höhe. Studierende – so lässt sich argumentieren – bekommen unmittelbar, wofür sie bezahlen: dankbare, motivierte und ehrgeizige JungwissenschaftlerInnen. Bei genauerem Hinsehen ergibt sich indes das eine oder andere Dilemma. Woher etwa sollen – für die Wissenschaft – relativ junge Menschen Lehrinhalte für 18 Stunden beziehen? Die Stelle lässt sich durch die Übernahme von Fachstudienberatung und verschiedener Verwaltungsaufgaben zwar auf 13 Stunden Lehre herunterrechnen, doch auch dies sind noch sechs oder sieben Veranstaltungen. ProfessorInnen lehren neun Stunden, AssistentInnen (oder äquivalente wissenschaftliche MitarbeiterInnen) fünf Stunden in der Woche. Inhaltlich festgelegte Grundkurse mit Klausurabschluss oder freiere Tutorien sowie die Wiederauflage früherer Seminarthemen machen zwar die Lehre möglich, doch massierte Prüfungsbeisitze und dringende Abgabetermine für Artikel kommen garan-

tiert zur Unzeit und packen drei gefühlte Arbeitstage in einen. Die Stundendeputate an der Schule auszurichten, mag populär sein, doch erstens leidet die Vorbereitung notwendigerweise auch dort unter der Last der Masse und zweitens bedeutet Universität idealerweise auch nicht das zügige Durchschreiten hinterfragbarer Lehrbücher, sondern zielt auf eine kreative und informierte Auseinandersetzung mit aktuellen wissenschaftlichen Fragen und oft vielstimmiger Literatur. Dies ohne eigene Forschung, stete Lektüre und Beteiligung an Konferenzen und Publikationen zu bewerkstelligen, ist kaum möglich. Was also zeitlich nach mehr Lehre aussieht, muss nicht unbedingt mehr Inhalt und mehr Qualität bedeuten. Notwendigerweise professionalisieren sich viele LektorInnen schnell und gründlich, denn wer das Chaos zu ordnen versteht, zieht auch einen gewissen Nutzen daraus. Die praktische Lehrerfahrung wächst exponentiell – *learning by doing*. Eigene wissenschaftliche Arbeiten aber müssen LektorInnen maßgeblich auf die vorlesungsfreie Zeit verschieben, die zumindest zeitweise ein kontinuierliches Einarbeiten und Schreiben zulässt.

Der Druck der Konkurrenz zwingt zur Arbeit ohne Ende

Aus arbeitnehmerischer Sicht könnte man sich die Stelle als recht gemütlich vorstellen – wäre man 55 Jahre alt und könnte die Lehrpflichten auf eine Handvoll längst konzipierter und unumstößlicher Grundkurse sowie etwas Studienberatung beschränken. Jedoch, die Stelle ist auf zwei Jahre befristet, man muss sich für eine Vertragsverlängerung, die ohnehin von der Kontinuität der Studiengebühren abhängt, gegen ehrgeizigen Nachwuchs durchsetzen, der nach Jahren unentgeltlicher Selbstausschöpfung viel darauf geben würde, in die Rentenkasse einzuzahlen, obwohl das Einstiegsgehalt für AkademikerInnen jenseits der 30 vergleichsweise gering ist. Der Druck aber ist enorm, selbst die Urlaubszeit wird zum Ärgernis und am besten mit Arbeit gefüllt. Andererseits drängt selbst nach oben, wer sich in einer befristeten Einsteigerstelle nicht sicher weiß. Wer zu lange eine solche Stelle besetzt, selbst wenn sie gegen jüngere Konkurrenz verteidigt werden kann, verliert in der akademischen Arbeitswelt unweigerlich an Prestige, die »besonderen Aufgaben« werden zur Karrieresackgasse. Auswege sind etwa eine Juniorprofessur (noch mehr Arbeit bei weniger Zeit), ein Forschungsstipendium (keine Sozialversicherung mehr), Brain Drain in die USA, nach Großbritannien oder in die Schweiz (Trennung von der sozialen Umwelt) ... Die LektorInnenstelle ist für jüngere Generationen ohne ständige Weiterqualifikationen und -bewerbungen nicht zu haben, die Mehrfachbelastung ist ein ihr eingeschriebenes Dilemma.

Ist das Jammern auf hohem Niveau?

Im Vergleich mit Arbeitslosen, Lehrbeauftragten, vielen FreiberuflerInnen und auch WissenschaftlerInnen in ärmeren Ländern vermutlich schon, da scheint zu verkraften zu sein, dass die neue Juniorprofessur mit W2 schlechter be-

zahlt wird als die alte Assistenzstelle mit C1, während die Ersatzkonstruktion für die Assistenz nun gleichfalls mit TV-L 13 vergolten wird – doch sind bei vielen Menschen Mitte dreißig längst mehrere Personen von einem Gehalt abhängig, die Miete will bezahlt sein und überhaupt ist das Ende hinausgezögerter Adoleszenz überfällig.

Finanzierungsdefizite auf allen Ebenen

Die Studiengebühren haben in der Tat Bewegung in den universitären Arbeitsmarkt gebracht, aber in welchem Kontext und zu welchem Preis? SchulabgängerInnen sehen aufgrund der hohen Gebühren vom Studium ab, denn Studierende bekommen selten Bafög oder Stipendien und sollen sich mit Krediten verschulden – der Staat hat versäumt, mit den Gebühren, vom anglophonen Vorbild abgesehen, ein äquivalentes Finanzierungswesen zu etablieren – und WissenschaftlerInnen schließlich konkurrieren unter einigem Erfolgsdruck um schlecht bezahlte Stellen und Stipendien.

Ist in steter existenzieller Unsicherheit noch Platz für jene akademische Diskussion, die an der Universität vorübergehenden Freiraum vom ewigen Sachzwang finden sollte? Mit der Forderung nach wissenschaftlicher Qualität in Forschung und Lehre wollen wir nicht gerade Unmögliches, doch ohne Solidarität unter allen betroffenen Interessens- und Altersgruppen wird selbst dies unmöglich bleiben, zu sehr sind wir mit Konkurrenzen und Rivalitäten, Aufstiegs- und Abstiegssorgen beschäftigt.

Im Frühjahr 2009 wird der TV-L neu verhandelt, ein Wissenschaftstarifvertrag für alle muss her, bei studentischen Hilfskräften angefangen – und Studiengebühren müssen weg.

von Dr. Magnus Treiber

Lektor an der Universität München
Fachgruppe Hochschule und Forschung München



**Die Fachgruppe Hochschule und Forschung (HuF)
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW),
Stadtverband München
trifft sich jeden dritten Montag im Monat um 19 Uhr
im Gewerkschaftshaus München
Schwanthalerstraße 64.**

**KARRIERESPRUNG GEFÄLLIG?
ZUM BEISPIEL IN DEN KONGO.**



Bitte schicken Sie mir unverbindlich Informationen

- Über **ÄRZTE OHNE GRENZEN**
- für einen Projekt Einsatz
- zur Fördermitgliedschaft
- zu Testamentsspenden
- zu Spendenaktionen

Name: _____

Anschrift: _____

E-Mail: _____

ÄRZTE OHNE GRENZEN hilft Menschen in Not. Schnell, unkompliziert und in rund 70 Ländern weltweit. Unsere Ärzte, Pflegekräfte und Logistiker arbeiten oft in Konfliktgebieten – selbst unter schwierigsten Bedingungen: ein Einsatz, der sich lohnt.

Ärzte ohne Grenzen e.V.
Am Röttelschen Park 1 | 10249 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de

Spendenkonto 91099
Bank für Sozialwirtschaft

BLZ 910 205 00



Fachgruppe Realschulen in München neu gegründet

Realschullehrerinnen und Realschullehrer führten bislang bei der GEW ein eher stiefmütterliches Dasein. Um dies zu ändern und um die Belange der Realschullehrkräfte zielgenauer zu vertreten, wurde jetzt eine Fachgruppe Realschulen im Gebiet München Stadt und Land ins Leben gerufen.

Nachdem eine entsprechende Initiative von Heidi Lungmus (Lehrerin an der städt. Wilhelm-Busch-Realschule in München) und Alexander Lungmus (jetzt im Münchner Schulreferat, früher an der gleichen Schule) eine äußerst positive Resonanz ergeben hatte, traf man sich am 25.9.08 zu einem ersten Treffen im Gewerkschaftshaus.

Es gibt ja genug Themen, die uns im Alltag beschäftigen: zum Beispiel die staatlichen und städtischen Regelungen zur Mehrarbeit und die Probleme bei der Vergütung, aktuelle Diskussionen zur Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule und weitere schulpolitische Themen. Außerdem gibt es viele Unklarheiten über die Rechte der Personalvertretungen und der Lehrerkonferenz. Mit der Klärung vieler solcher Probleme kann sich die Fachgruppe nun gezielt beschäftigen.

Ein ganz besonders großes Problem stellt die Abrechnung von Mehrarbeit dar. Bei allen anwesenden RealschullehrerInnen gab es große Unsicherheiten. Eine tatsächliche Vergütung von Mehrarbeit kommt offenbar so gut wie nie vor; manche wissen gar nicht, dass sie Anrecht darauf haben. An den Schulen gelten verschiedene Regelungen. Dies geht schon bei der Anzahl der Präsenzen los. An einer Schule werden gar pro Lehrkraft vier Präsenzen eingefordert. Es gibt Realschulen, die keine Statistik über Mehrarbeit führen, was nicht zulässig ist! Bei einzelnen Schulen werden die Krankheitstage sogar mit Mehrarbeit verrechnet; dagegen stehen das Entgeltfortzahlungsgesetz und die Mehrarbeitverordnung.

Ganz spezielle Probleme stellen Fahrten über Nacht und anfallende Mehrarbeitsstunden bei TeilzeiterInnen dar. Hier gibt es Urteile des Europäischen Gerichtshofes bzw. des Bundesverwaltungsgerichts, die besagen, dass jede über das individuelle Stundenmaß hinaus gehaltene Unterrichtsstunde in Freizeit ausgeglichen oder bezahlt werden muss.

Alle Regelungen zur Mehrarbeit gelten im Übrigen für BeamtInnen gleichermaßen wie für Tarifbeschäftigte (§ 51 TVöD: Arbeitszeitregelung ist analog zu der der BeamtInnen). Die GEW eröffnet mit ihren PersonalrätInnen zusammen im November eine Kampagne an den städtischen Schulen in München, um das geltende Recht auch durchzusetzen.

Der Geschäftsführer der Münchner GEW, Jockel Graf, und Referatspersonalrat Hacki Münder bereicherten die Versammlung mit Tipps aus der Praxis. Insbesondere über die (teilweise sehr weitgehenden) Rechte des Personalrats und der LehrerInnenkonferenz bestehen offenbar wenig Kenntnisse bei den Kolleginnen und Kollegen. Die Fachgruppe Realschule wird ihr Augenmerk auf diesen Punkt genauso richten wie auf die Vermittlung von Kenntnissen über den TVöD/TV-L. Weitere Themen werden die anstehenden dienstlichen Beurteilungen sowie Lärmschutz und Reinigung an den Schulen sein.

AnsprechpartnerInnen für die Fachgruppe Realschule in München und Umgebung sind Heidi und Alexander Lungmus (fam.lungmus@t-online.de).

Nächstes Mal treffen wir uns am 15. Januar um 17.00 Uhr im Münchner Gewerkschaftshaus.

Heidi und Alexander Lungmus

Die Stadt Nürnberg ist der zweitgrößte bayerische kommunale Schulträger. Wir können Ihnen deshalb vielfältige Einsatzmöglichkeiten bieten, z. B. auch Tätigkeiten an Schulen mit gebundenen Ganztagesklassen und an der Partnerschule des Leistungssports, im Bereich der Gymnasien neben dem Einsatz an den Regelgymnasien z. B. auch Unterricht in den musischen und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsrichtungen. Im Bereich der Gymnasien und Realschulen werden ca. 7.000 Schüler/innen von rund 600 Lehrkräften an 5 Gymnasien/gymnasialen Zügen, einem Kolleg, 4 Realschulen/Realschulzügen und einer Abendrealschule unterrichtet. Alle unsere Schulen sind im Stadtbereich angesiedelt und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bestens zu erreichen.

Wir suchen zum Februar 2009 und September 2009

Lehrkräfte für das Lehramt an Gymnasien

mit der Anstellungsprüfung in den Fächern:

- Deutsch
- Geschichte
- Englisch
- Latein
- Französisch
- Spanisch
- Sport (weiblich/männlich)
- kath. Religion
- evang. Religion
- Geographie
- Musik
- Mathematik
- Physik
- Biologie
- Chemie
- Kunst
- Italienisch
- Sozialkunde
- Informatik
- Wirtschaft/Recht
- Psychologie

sowie

Lehrkräfte für das Lehramt an Realschulen

mit der Anstellungsprüfung in den Fächern:

- Deutsch
- Geschichte
- Englisch
- Französisch
- Geographie
- Biologie
- Chemie
- Sport (weiblich/männlich)
- Mathematik
- Physik
- Textverarbeitung
- Informationstechnologie
- kath. Religion
- evang. Religion
- Werken
- Sozialwesen/Soziallehre

Wir erwarten

dass Sie als qualifizierte/r Pädagogin/Pädagoge mit Können und Engagement helfen, die Qualität der schulischen Ausbildung in Nürnberg zu sichern.

Wir bieten

eine Einstellung im Beamtenverhältnis bei Erfüllung beamtenrechtlicher Voraussetzungen, andernfalls im Angestelltenverhältnis. Auf das Beschäftigungsverhältnis finden die üblichen beamtenrechtlichen bzw. tarifrechtlichen Bestimmungen (z. B. Bayer. Beamtengesetz, Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) Anwendung.

Ihre Bewerbung

senden Sie bitte mit aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die **Stadt Nürnberg, Personalamt, z. H. Frau Löbel, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg**. Bitte verwenden Sie nur Kopien, weil eine Rücksendung der Unterlagen nicht erfolgen kann. Telefonisch erreichen Sie uns unter (0911) 231-2518.

Die Stadt Nürnberg fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Frauenförderplan ist Bestandteil unserer Personalarbeit. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu erleichtern, wird, entsprechend den rechtlichen Vorgaben, Teilzeitarbeit ermöglicht. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt. Wir freuen uns, wenn sich Bewerberinnen und Bewerber aller Nationalitäten angesprochen fühlen

»Ein Bär namens Sonntag« im Theater Mumpitz in Nürnberg

Noch einige Male im Dezember und dann weiter im Januar gibt es im Theater Mumpitz für Kinder ab vier Jahren eine poetische Geschichte zu sehen, die von der magischen Welt der Kinder und Bären erzählt. Sie wurde nach dem gleichnamigen Bilderbuch von Axel Hacke für die Bühne bearbeitet.

»Als ich ein kleines Mädchen war, besaß ich einen schweigsamen kleinen Bären, der hieß Sonntag ...«, so beginnt diese Geschichte, in der ein Kind und sein Bär so unzertrennlich sind, wie das bei Kindern und Bären ja häufiger vorkommt. Doch beschleichen es eines Tages Zweifel. Hat dieser Bär mich genauso lieb wie ich ihn? Ist er richtig lebendig? Der Bär kann nicht sprechen und starrt auch nur immer geradeaus. Eigentlich tut der Bär nie irgendetwas. Das Kind versucht, dem Bären ein Lebenszeichen zu entlocken, es denkt nach – und dann hat es eines Nachts einen seltsamen Traum. Es findet sich im Regal eines Spielzeugladens für Bärenkinder wieder.

Aufführungstermine und den gesamten Spielplan gibt es bei:

Theater Mumpitz

Michael-Ende-Str. 17 • 90439 Nürnberg

Tel.: 09 11-60 00 50 • Fax: 09 11-6 00 05 55

info@theater-mumpitz.de

www.theater-mumpitz.de

»Du, Du & Ich« in der Schauburg

Scheidungen gehören heute zum Alltag. Zum Alltag der Erwachsenen. Für die betroffenen Kinder sind sie meist ein Unglück. Niemals sind sie damit einverstanden, dass die Eltern sich trennen. »Du, Du & Ich« ist die typische Geschichte einer Kleinfamilie vor der Trennung.

Der Autor, Theo Franz, hat aus dem alltäglichen und zugleich schweren Thema ein

Dies und Das

heiteres Mutmach-Stück gezaubert, das die Nöte und Wünsche aus der Sicht der Tochter erzählt. Man erlebt, wie sie versucht, die Eltern zu versöhnen, sie dazu bringt, sich an die Zeit ihrer ersten Verliebtheit und der Hochzeitsreise zu erinnern, um die Risse zu kittieren. Denn Frederike kann zaubern. Sie kann ihre Eltern in ihre Wunschwelt teleportieren, in der Harmonie und Glück herrschen. Aber immer wieder zerplatzt die heile Welt wie eine Seifenblase. »Es sei halt etwas kaputt«, stellen die Erwachsenen lakonisch fest. Aber Frederike lernt zu verstehen, dass die Dinge des Lebens immer zwei Seiten haben, eine gute und eine schlechte. Und plötzlich kann positiv werden, was zuvor nur negativ erschien.

Premiere dieses Stückes für Kinder ab neun Jahren ist am 8. Januar 2009.

Informationen gibt's bei:

Schauburg – Theater der Jugend

Franz-Joseph-Str. 47 • 80801 München

Tel.: 0 89-23 33 71 55

www.schauburg.net • theater@schauburg.net

Die
Klassenfahrtseite
jede Woche neue Angebote
www.schulfahrt.de
Tel. 0 35 04/64 33-0

»In or Between«

Das vom Verein »Mach meinen Kumpel nicht an« als Film des Monats November ausgezeichnete Projekt »In or Between« erzählt auf zwei DVDs über das Leben von Jugendlichen in Deutschland und Israel. Die

Filme geben anhand von selbst erzählten Geschichten Einblicke in das Leben von acht jungen Menschen: Vier israelische Jugendliche (davon zwei jüdisch und zwei palästinensisch-israelisch) und vier Jugendliche aus Deutschland (davon zwei deutschstämmig und zwei aus zugewanderten Familien) produzierten in diesem zweiteiligen Projekt gemeinsam unter professioneller Anleitung von Filmemachern zwei Video-Dokumentationen, eine im Oktober 2001 in Deutschland und eine im April 2002 in Israel.

Die Gruppe geriet mit ihren Dreharbeiten in die explosivste Phase der zweiten Intifada mit zahlreichen Selbstmordanschlägen in Israel und der Besetzung der Westbank durch die israelische Armee.

Gemeinsames Thema der Filme war das Leben und Zusammenleben von Jugendlichen verschiedener Kulturen in beiden Ländern. In den Filmen werden verschiedene, auch gegensätzliche Meinungen und Geschichten mit oder ohne Verständnis für »den anderen« nebeneinandergestellt.

Im Mittelpunkt des ersten Films steht das Leben in Deutschland. Themen des Films sind nationale, kulturelle und religiöse Identität, Liebe und Sexualität, Familie und Leben zwischen den Kulturen. Dabei werden auch Rassismus und Diskriminierung reflektiert. Der in Israel gedrehte Film fokussiert die Themen Liebe und Sexualität, Tod, Holocaust, palästinensische Geschichte, Facetten der Identität, politisches Engagement, Erziehung und Militär sowie Interkulturelles, Rassismus und Diskriminierung. Auf der DVD sind neben den Filmen auch Textdokumente vorhanden: O-Töne (Abschrift aller Interviews), eine aktuelle Filmliste des Medienprojektes Wuppertal sowie eine Selbstdarstellung.

Der Film ist ausleihbar über:

www.migration-online.de/medienverleih

Stadttheater Aschaffenburg: 5., 6. und 7. Februar 2009, 20.30 Uhr

BURKERSDORPH – Ein Mörder (Uraufführung)

von Heinz Kirchner

Ein kleines Dorf in Oberfranken: In den frühen 60er Jahren des letzten Jahrhunderts tötet ein Jugendlicher seine Tante. Er flieht und versteckt sich in einem alten Schäferkarren. Zwei Wochen nach der Tat wird er schließlich in Frankfurt am Main aufgegriffen und festgenommen. Bei den Verhören stellt sich heraus, dass er von der Getöteten jahrelang sexuell missbraucht worden war. Das Drama versucht zu ergründen, wie es zu so einer schrecklichen Tat kommen konnte und wie die Innenwelten eines zum Mord Getriebenen beschaffen sind.

»Wie blau ist das Meer, wie groß kann der Himmel sein?

Ich schau hoch vom Mastkorb weit in die Welt hinein.

Nach vorn geht mein Blick, zurück darf kein Seemann schau'n.

Kap Horn liegt auf Lee, jetzt heißt es Gott vertrau'n.«

Regie: Heinz Kirchner, Ausstattung: Heinz Kirchner & Albrecht Sylla, Musik: Daniel Stenger, Video: Berthold Brunn

Ein Mörder: Albrecht Sylla • Eine Tante: Sabine Grant-Siedel • Eine Mutter: Johanna Serg

Kartenvorbestellung über die Theaterkasse: 0 60 21-2 70 78



ab:art-theater.
franz.ensemble.aschaffenburg

von Albrecht Sylla

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

Ansbach Termine/Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Isabella Zang, ☎ 0 60 92/72 71

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch und Vorstands-Treff, Podium, Gerberplatz 1, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: jd. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Hohe Schule, Goldknopfgasse, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen
Kontakt: Stefan Köhler, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: sabine.herzig@bayern.gew.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Metropolis, Gutermannpromenade
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

www.gew-bayern.de